

Mit Aktionsrat und Fachschaften gegen Wissenschaftsrat

19. 5.

1971



10 Pf

Nr. 78

bochumer studenten zeitung
universität bochum u. klinikum essen

Senat legalisiert Skandal in der Abteilung VIII

Die Skandale um Papalekas und andere Reaktionen der Abteilung Sozialwissenschaft haben wieder einmal einen Höhepunkt erreicht. Nachdem Papalekas erst durch eine Selbstgestrickte Habil-Ordnung systematisch seine ihm hörigen Assistenten über die Abteilung zu verteilen suchte, ist die Berufungspolitik jetzt Objekt seiner faschistischen Machenschaften geworden.

Landwehrmann, ehemaliger Assistent bei Papalekas, Regionalsoziologe und Unternehmer eines privaten Instituts zur reibungslosen Ausbeutung und Profitmaximierung soll, trotz nachgewiesener völliger Unqualifiziertheit (keine Veröffentlichung) auf den Lehrstuhl für Sozialwissenschaftliche Methodenlehre berufen werden. Das Rezept von Papalekas und Co. zur reibungslosen Institutionalisierung solcher Machenschaften sah wie folgt aus:

— Die Fakultät (Papa: „Hier habe ich das Zepter in der Hand“) setzte Landwehrmann nachträglich auf die Liste, obwohl er sich nicht beworben hatte

— Zur Fakultätssitzung wurde nicht eingeladen und keine Tagesordnung festgelegt

— Innerhalb von 4 Stunden wurden

- a) Kandidatenliste aufgestellt
- b) Qualifikation an Hand nichtvorhandener Unterlagen festgelegt
- c) die Liste schließlich verabschiedet.

— Für 1973 dann — so wurde in einer „streng geheimen“ Sitzung festgelegt — plane man dann mit dem noch einzurichtenden Lehrstuhl Soziologie IV einen „Lehrstuhltausch“ (einmalig in der Universitätsgeschichte)

— Dekan Herder-Dorneich („das ist alles so kompliziert, so viele dicke Akten“) machte sich schließlich und endlich noch eines Dienstvergehens schuldig, indem er ein Sondervotum des Fachschaftsrates unterschlug. Landwehrmann („ich pflege sehr gute Kontakte zu den Herren der Industrie“) sieht nach dem Senats-erfolg seinem H-4-Gehalt mit Gelassenheit entgegen.

Dies alles bezeichnet der Rektor im Senat als ein „sehr durchsichtiges und ordnungsgemäßes“ Berufungsverfahren! (Durchsichtig allerdings!!!)

Für Radikalisierung zeichnet verantwortlich ihr ewig „demokratischer“ Senat.

P. S. Viel Glück bei „progressiver“ Gremienarbeit, liebe Spartakisten.

Auf mehreren Ebenen hat der ASTA in diesen Tagen mit der Vorbereitung des Besuchs des Wissenschaftsrats (WR) in der RUB am 23./24. Juni begonnen. Die Fachschaften nehmen die Erörterung der fachspezifischen Konsequenzen dieses Besuchs auf (vgl. „Fachschafts“-Artikel). Der Aktionsrat aus Assistenten und Studenten, der sich nach der UP-Krise im Herbst vergangenen Jahres konstituiert hatte und auch die Hochschulwoche im Januar veranstaltete, hat am Freitag über Möglichkeiten gemeinsamen Vorgehens beraten. Im Assistentenrat, der Versammlung der assistentischen Abteilungsvertreter, steht der Besuch ebenfalls zur Diskussion.

Was ist der WR?

Der Wissenschaftsrat (WR) wurde im Jahre 1957 auf Betreiben von Kräften aus Wissenschaft und Wirtschaft gegründet, denen das unkoordinierte föderalistische Vorgehen bei der Förderung der Wissenschaft und des wissenschaftlichen Nachwuchses Besorgnis bereitete. Nachdem Wissenschaftspolitik bis dahin Sache der Bundesländer gewesen war, wurde der WR das erste zentrale Beratungsgremium in der BRD. Als Hauptaufgabe erhielt der WR

1. Die Koordination der von Bund und Ländern aufgestellten Pläne zur Wissenschaftsförderung
 2. Erstellung von Dringlichkeitsprogrammen
 3. Vorschläge zum Einsatz der verfügbaren finanziellen Mittel
- In den ersten Jahren seiner Tätigkeit erstellte der WR Prognosen zur Entwicklung der Studentenzahlen und zum Ausbau der Hochschulen. Diese Prognosen lagen so schief, daß gerade auch auf sie die Kapazitätsengpässe dieser Jahre an den Hochschulen zurückzuführen sind.

Derzeitige Rolle des WR

Nach 1965, als das Chaos im Ausbildungsbereich immer größer wurde, wurden der damals neugegründete Bildungsrat und der WR beauftragt, einen Bildungsgesamtsplan vorzubereiten. Dem WR fiel dabei die Planung im Hochschulbereich zu. Was er im vergangenen Jahr nach 5jähriger Arbeit vorlegte, läßt sich kurz so umschreiben:

Er ging davon aus, daß die vorhandenen Kapazitäten nur unwesentlich ausgebaut werden könnten. Da jedoch durch Bildungswerbung Anfang der 60er Jahre der Ansturm von Studierwilligen diese Kapazitäten bei weitem überforderte, dachte sich der WR zahlreiche Mechanismen aus, wie das Problem zu lösen sei: Numerus clausus, Einführung von 2- bis 3jährigen Kurzstudiengängen für die Masse der Studenten, Überwachung der Studenten zur Einhaltung der kurzen Regelzeiten, Reduzierung der Studieninhalte auf das für die Interessen dieses Staates Notwendigste, damit Ausschaltung jeder kritischen Dimension.

Wessen Interessen vertritt der WR?

Die Zusammensetzung des Rates zeigt klar, in wessen Auftrag und Sinn er arbeitet. Seine Mitglieder werden zum großen Teil von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) und der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK) gemeinsam benannt. DFG und MPG stehen unter direktem Einfluß der

Wirtschaftsverbände, da sie maßgeblich von ihnen finanziert werden, die Universitäts-Rektoren sind auf mannigfaltige private Weise der Industrie verbunden. Erst vor kurzem gelang es nach langem Gerangel, erstmals einen Nichtordinarius für den WR zu nominieren. Eines der derzeit profiliertesten Mitglieder ist Henkel-Biedenkopf. Es ist klar, daß diese honorigen, ach so unabhängigen Herren im Interesse ihrer Geldgeber handeln. Jede Initiative, die zur demokratischen Veränderung von Studieninhalten führen soll, ist da von vornherein im Hintertreffen.

Fragen des WR an die RUB

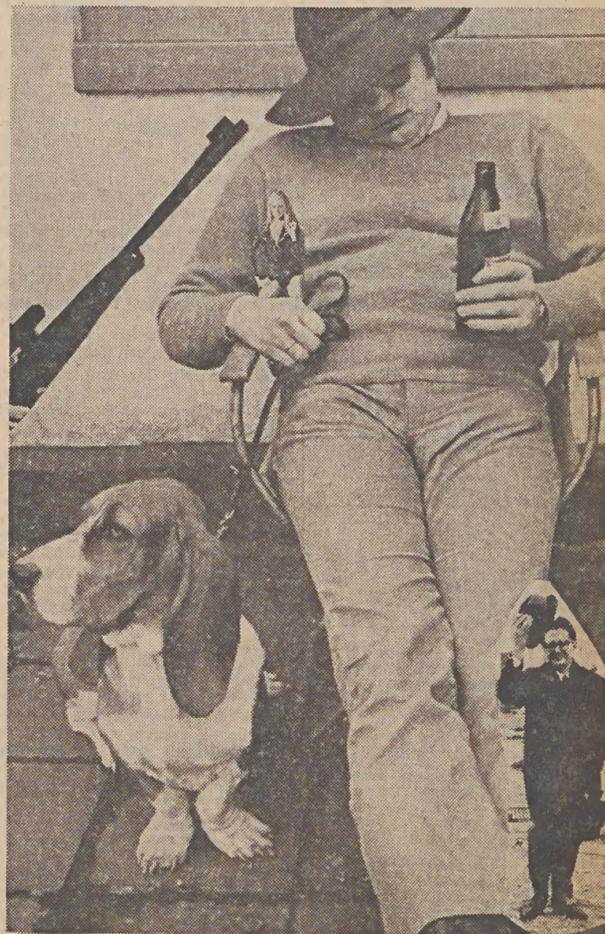
Was bisher Planung war, soll nun Wirklichkeit werden. Der WR bereist alle Universitäten in der BRD, und zwar länderweise. Wenn er alle Universitäten eines Bundeslandes besucht hat, treffen sich Universitätsvertreter mit ihren Besuchern nochmals im jeweiligen Kultusministerium, um „erste Folgerungen aus den Besprechungsergebnissen zu ziehen“. Die Fragen, die während des Besuchs besprochen werden sollen, sind aufschlußreich: die Hochschule soll beantworten, was sie selbst schon zur Verwirklichung der oben genannten Ziele des WR getan hat, insbesondere soll sie beantworten, ob es bereits detaillierte Studienpläne, 2- bis 3jährige Studiengänge, Mechanismen zur Einhaltung der Regelstudienzeiten, obligatorische Studienberatung, Einführung des Aufbaustudiums gibt (vgl. auch letzte BSZ). Und wo es das alles noch nicht gibt, wird der WR seine Gastgeber beraten, wie man das am schnellsten einführen kann.

Konsequenzen für uns alle

Am Beispiel dieses Besuchs läßt sich wieder einmal sehr deutlich demonstrieren, wie Hochschulreform nach dem Willen der Herrschenden betrieben werden soll. Nur auf Umwegen erhielt der ASTA einen der Briefe, in dem der WR sein Erscheinen ankündigte. Inzwischen ist wohl schon in den meisten Fakultäten unter Ausschluß von assistentischer und studentischer Öffentlichkeit darüber beraten worden, welche Konsequenzen sich aus den gestellten Fragen für die einzelnen Abteilungen ergeben. In den meisten Fällen werden wohl auch schon professorale Gesprächspartner ohne Wissen der übrigen Abteilungsmitglieder benannt worden sein.

Für uns gibt es an diesem Beispiel wieder einmal sehr viel zu demonstrieren:

1. In wessen Interesse „unabhängige“ Beratungsgremien wie der



Schönen guten Tag auch, meine Damen und Herren, bitte machen Sie es nicht so wie dieser sympathische Herr hier oben: Verschlafen Sie nicht den Besuch des Wissenschaftsrats an der Uni am 23./24. Juni. Danke schön!

- WR arbeiten, wie sie zusammengesetzt sind
- 2. Wie sich ein solcher Besuch abspielen soll, ohne daß die wahrhaft Betroffenen, die Studenten, informiert werden
- 3. Wie nötig es ist, über paritätische Abteilungsvertretungen Einfluß auf die Gestaltung eines solchen Besuchs zu bekommen (auch wenn man mit Satzungen keine Formierung bekämpfen kann)
- 4. Wie schnell die Herrschenden ernst machen mit der Formierung

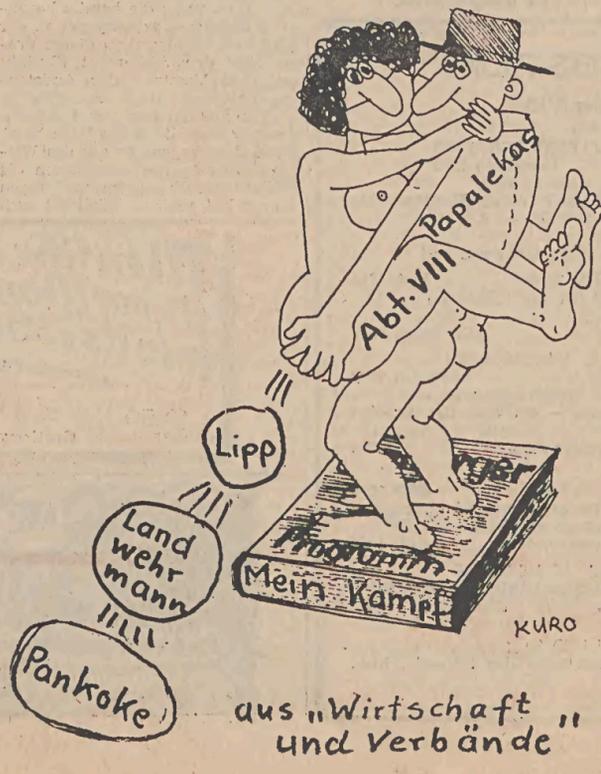
- der Universität, wenn wir uns nicht massiv wehren
 - 5. Welche ganz konkreten Auswirkungen sich für den einzelnen ergeben
- Deshalb: Erarbeitet in Abteilungen und Fachschaften in Zusammenarbeit mit den Assistenten progressive Alternativen, die das Konzept des WR durchkreuzen. Kämpft für die Verwirklichung dieser Alternativen! Organisiert Euch in revolutionären Verbänden!

„Zeigen Sie mir erst einmal Ihre Habilitationsschrift, Herr Papalekas!“

Auf der 43. o. Fakultätssitzung der Abteilung für Sozialwissenschaftlichkeit es seit längerer Zeit wieder zur offenen Auseinandersetzung zwischen den reaktionären Professoren um Papalekas, Herder-Dorneich und den beiden neuen studentischen Vertretern in der Fakultät.

Zu Anfang der Sitzung stimmten diese, László Ostfalk und Rolf Taubert, gegen das Protokoll der 42. Sitzung, in dem das studentische „Nein“ gegen die Berufung Landwehrmanns im Protokoll nicht festgehalten worden war, angeblich, weil die studentischen Vertreter die formalen Spielregeln der Fakultätssatzung nicht beachtet hätten. Dazu ist nur zu sagen, daß Dekan Herder-Dorneich den Studenten grundsätzlich eine Fakultätssatzung verweigerte („Weiß nicht, wo sie ist; irgendwo da unten im dicken Stapel; ist zu kompliziert.“). Papalekas trat wie immer sofort als der starke Mann auf, bezichtigte die studentischen Vertreter der Lüge und behauptete, sie könnten sowieso für die alten studentischen Fakultätsmitglieder, die das Veto gegen Landwehrmann eingelegt hatten, nicht sprechen. Die studentischen Vertreter ihrerseits konnten Herder-Dorneich und Papalekas Lügen und grobe Tatsachenverfälschung nachweisen.

Als Papalekas, der sich selber nicht an die Redeliste hielt, László Ostfalk während des heftigen Disputs anschmauzte, er solle sich erst einmal zu Wort melden, und dann noch knatterte: „Im übrigen sind



wir nicht privat hier, das heißt nicht Herr Papalekas, sondern Herr Professor Papalekas!“ Daraufhin schlug László Ostfalk auf den Tisch und schleuderte dem Faschisten Papalekas die richtige Antwort ins Gesicht: „Was, Sie... da müssen Sie mir erst einmal Ihre Habilitationsschrift auf den Tisch legen, Herr Papalekas!“ (Der schwerhörige Sozialpsychologie-Professor Roebler: „Was hat der gesagt?“) In der Fakultät herrschte verlegenes, betretenes und einiges Schweigen, da es bekannt ist, daß in Sachen Habilitation und Dissertation bei Papalekas einiges nicht stimmt. Bezeichnend ist auf jeden Fall, daß Papalekas, der schon bei ganz harmlosen Zwischenfällen die Fakultätssitzung aus Protest zu verlassen pflegt, sich während der folgenden Auseinandersetzungen sehr zurückhaltend verhielt.

Anschließend kam die Magisterordnung zur Sprache. Sie wurde jedoch nicht verabschiedet und an die Studienordnungskommission zurückverwiesen. Am Ende der Sitzung kam es noch einmal zu heftigen und äußerst lautstarken Auseinandersetzungen zwischen der Fakultät und den stud. Vertretern wegen des Fachschaftsraumes. Obwohl der Fachschaft laut Brief des Kanzlers Seel 60 m² zustehen, muß der sechsköpfige Fachschaftsrat in einem unabschließbaren Kellerloch von 15 m² hausen. Der Dekan wagt es sich, der Fachschaft den ihr zustehenden Raum zuzuwenden. Die Fachschaft wird zur Selbsthilfe schreiten. b. a.

SHB-Büchertisch
jeden Mittwoch in der Mensa
POSTERS-Großauswahl
Materialien zur wissenschaftlich-technischen Revolution und Klassenanalyse der Intelligenz
Hrsg. BZR des SHB (3,-)
Leussink-info
Friedrich Engels-info
— Emanzipation der wd.
— Arbeiterklasse nach 45
— Revisionismus u. Reformismus

Streit ums BAFÖG

Aus mehreren Gründen kann es zu einer Verzögerung des Bundes-Ausbildungsförderungsgesetzes (BAFÖG) kommen, das ab Oktober Honnef ablösen soll. Bund und Länder streiten sich um die Größe des Länderanteils. Während die Regierung davon ausgeht, daß die Länder 35 % der Kosten tragen, wollen die Länder höchstens 25 % beisteuern. Außerdem sind Meinungsverschiedenheiten zwischen Wissenschaftsministerium und Familienministerium entstanden über die Frage der Verwaltung. Während die Kommission des Familienministeriums noch im Oktober die städt. Ämter für Ausbildungsförderung einrichten will, sollen nach dem Willen des Wissenschaftsministeriums die Studentenwerke die Verwaltung bis 1974 weiterführen. Offen ist, was aus der Mitbestimmung wird. Bleibt der drittelparitätisch besetzte Hauptföderungsausschuß, wenn das Wissenschaftsministerium sich durchsetzt, oder wird er liquidiert? Darüberhinaus konnte der massive Protest von VDS, WRK, DSW, SVI beim letzten Hearing am Montag, den 10. 5. in Bonn nicht einfach unbeachtet bleiben. Zu erwarten sind allerdings nicht mehr als einige mehr technische, hinauszuholende Veränderungen, um im Oktober ein Chaos zu vermeiden und die Proteste abzuschwächen. Der ASTA gibt laufend Infos heraus, teach-ins sind geplant, um über das BAFÖG zu informieren und dessen politische Hintergründe aufzudecken. Erkundigt Euch in Eurer Fachschaft oder beim ASTA! — rst —

Neuer Fachschaftsrat SoWi

Da der alte abgewirtschaftete Spartakus / Juso-Fachschaftsrat nicht einmal in der Lage war, eine Fachschaftsvollversammlung einzuberufen, war es auf der ersten Vollversammlung am 29. April 1971 mangels Beteiligung nicht möglich, einen neuen Fachschaftsrat zu wählen.

Zur Vollversammlung am 6. Mai hatte ein Aktionsbündnis aus SHB, Roter Zelle SoWi des KSB/ML und unabhängige Kandidaten ein Arbeitspapier vorgelegt und sich zur Wahl gestellt. Die Genossen: Harry JABLONOWSKI (Kand. d. R. Z.)

Reiner MATTHES (unabhängig) Anton László OSTFALK (SHB) Walter SCHEIER (Kand. d. R. Z.) Rolf TAUBERT (unabhängig) des Aktionsbündnisses wurden auch alle in den neuen FR gewählt. Außerdem wurde Reiner SCHRÖERS (unabhängig) Mitglied des alten Fachschaftsrates in den neuen FR gewählt; er ist jedoch schon wieder zurückgetreten!

Neben der Durchführung des Wahlboykottes zum UP veranstaltete der neue FR am 12. Mai eine Vollversammlung für alle Anfangsemester (Studienordnung, Berufungspolitik, Lehrveranstaltungen, Perspektiven der Fachschaftsarbeit, Geschichte der Studentenbewegung und Diskussion), um als erstes eines der größten Versäumnisse des alten FR nachzuholen. Neben der Agitation gegen die Landwehrmann-Berufung und des Kampfes für den verweigeren Arbeitsraum, der der Fachschaft zusteht, verfaßte der FR eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Dekan Herder-Dorneich, weil dieser das Sondervotum der Studenten in Sachen Landwehrmann nicht an den Senat weitergeleitet hatte. Ein Brief an den Minister folgt.

Projektbereich Lehrerausbildung

In der letzten BSZ kündigten wir an, daß in diesen Tagen in verschiedenen Abteilungen mit Lehrerstudenten teach-ins auf der Grundlage des Info 2 des Projektbereichs stattfinden sollten. In dieser Ausgabe soll ein Zwischenbericht über den bisherigen Verlauf der teach-ins gegeben werden. Wir hoffen, daß dadurch auch für jene Abteilungen, in denen sich bei der Abwicklung dieser Veranstaltungen Schwierigkeiten ergeben haben, Rückschlüsse gezogen werden können.

Bei Historikern erfolgreich

Das erste teach-in fand bei den Historikern statt. Hier waren durch Diskussionen in den Proseminaren intensive Vorbereitungen seitens der Fachschaft getroffen worden. Hauptprobleme für Historiker: für zwei von drei Geschichtsstudenten ist der künftige Arbeitsplatz in der Schule unsicher; der Verlauf des Studiums und die Prüfungsanforderungen entsprechen in keiner Weise dem geplanten Charakter des Schulfachs.

Das teach-in fand bei einer Beteiligung von etwa 80 Studenten statt. Es entstand eine lebhaft diskutierte Arbeitsperspektive einer Abteilungsgruppe. 30 Kommilitonen traten der Arbeitsgruppe bei. Diese Gruppe hat sich einen ständigen Tagungstermin gegeben: montags, 18 Uhr, GA 5/29. Sie ist selbstverständlich jederzeit offen für neuereintretende Kommilitonen.

Bei Fremdsprachlern Teilerfolg

Bei teach-in der Anglisten, Romanisten und Slavisten fand leider nicht gleich guten Zuspruch. Die Vorbereitungszeit mit fachspezifischen Flugblättern war wahrscheinlich zu kurz. Die Situation der Fremdsprachen-Studenten stellt sich wie folgt dar: von ihnen haben die Anglisten ihren künftigen Arbeitsplatz ziemlich sicher. Anders bei den Romanisten: in allen „Reform-Plänen“ ist nur von einer obligatorischen Fremdsprache (Englisch) die Rede. Das Französische wird allenfalls wahlweise gelehrt werden können. Die Reduzierung des künftigen Schulfachs auf rein mechanisches Erlernen von Sprachfertigkeiten zur reibungslosen Abwicklung der Erfordernisse des internationalen Systems droht auch

das Studium zu beschneiden: eine unkritische programmierte Ausbildung von Lehrern in Fremdspracheninstituten könnte die Folge sein.

Kein Fremdsprachenstudent sollte die Illusion hegen, sein Studium bereite ihn auf die Erfordernisse seines künftigen Berufs vor. Die Erweiterung der Fremdsprachen-Gruppe, die bis jetzt aus nur zehn Studenten besteht, ist dringend erforderlich. Deshalb werden die Fachschaften in Diskussionen in Vorlesungen und Seminaren mehr Studenten zur Mitarbeit zu gewinnen versuchen. Die Gruppe tagt derzeit dienstags, 18 Uhr, in BG 6/37.

Vorbereitung der übrigen teach-ins

Leider ist durch den desorientierenden UP-Wahlkampf die Vorbereitung der übrigen teach-ins für Germanisten, Geographen, Mathematiker, Naturwissenschaftler in den Hintergrund geraten. Einige Fachschaften brachten es nicht einmal fertig, die Projektbereichs-Infos an ihre Studenten zu verteilen! Alle Lehrerstudenten, die das Info bis heute nicht erhalten haben, sollten einmal bei ihrer Fachschaft danach fragen. Es ist nur zu hoffen, daß für die genannten Fächer die Veranstaltungen möglichst bald nachgeholt werden können. Bitte entnehmen die genauen Termine den fachspezifischen Flugblättern, in denen in Kurzform die unterschiedliche Problematik für die einzelnen Fächer noch einmal skizziert wird.

Die Arbeit der zentralen Gruppe

In der unizentralen Gruppe des Projektbereichs, die die beiden bisherigen Infos erstellt hat, wird derzeit an zwei neuen Projekten gearbeitet. Zunächst ist es erforderlich, das Info 1 neu zu bearbeiten,

Projektbereich!
Zentrale Gruppe
Ständiger Termin:
mittwochs, 16 h,
Baracke I, Zimmer II

da die Diskussion um den Bildungsgesamtplan zahlreiche neue Aspekte der Bildungsreform ergeben hat. Einzelmaßnahmen restriktiver Art (Bildungs- „Beratung“, Kurzstudium, etc.) sind ins Realisierungsstadium getreten; dagegen geraten die demokratischen emanzipatorischen Inhalte, wie sie zum Teil vom Bildungsrat konzipiert worden waren, hoffnungslos ins Hintertreffen.

Ein weiteres Info ist ebenfalls in Vorbereitung: der Zusammenhang zwischen unzulänglicher pädagogisch-gesellschaftswissenschaftlicher Ausbildung und der Zurechtbiegung unfertiger Studienreferenzen in repressiven und reaktionären Studienseminaren soll durch Erfahrungsberichte klargestellt werden. Die zentrale Gruppe kann jederzeit neue Mitarbeiter gebrauchen.

Vollversammlung der Lehrerstudenten

Aus der in der letzten BSZ abgedruckten Plattform des Projektbereichs ist deutlich geworden, daß der fachspezifischen Arbeit durch gemeinsame zentrale Aktionen zum Erfolg verholfen werden soll. Integrierendes Moment auf Universitätsstufe soll eine monatlich stattfindende Vollversammlung werden. Diese Vollversammlung wird vorbereitet und soll spätestens kurz nach den Pfingstferien stattfinden. Hoffentlich gelingt es, die restlichen Abteilungs-Veranstaltungen recht bald abzuwickeln, damit durch die Uni-Vollversammlung die Konsolidierung des Projektbereichs vollendet werden kann.



Sport an der Ruhr-Universität, Sommersemester 1971

Basketball	Stu/Sti	Mo	20.00—22.00 KSA I
		Do	18.00—20.00 KSA I
Badminton	Stu/Sti	Di	19.00—22.00 KSA II
Boxen	Stu	Di	18.00—20.00 Gy Ma
		Do	18.00—20.00 Gy Ma/KR
Damenfußball	Sti	Fr	18.00—19.00 Ma
Fechten	Stu/Sti	Mo	18.30—22.00 Gy Ma
		Do	19.00—22.00 Gy Ma
Fußball	Stu	Fr	19.00—21.00 Ma
		Mo	20.00—22.00 Ma
Gymnastik	Sti	Mi	20.00—22.00 Gy Ma
Handball	Stu	Mi	19.00—20.30 Ma
		Mi	20.30—22.00 Ma
Hochschulpolitik	Stu/Sti	Di	18.30—21.00 Baracke 1
Judo	Stu/Sti	Mi	19.00—22.00 KSA II
		Fr	18.00—21.00 KSA II
Karate	Stu/Sti	Di	20.00—22.00 Gy Ma
Leichtathletik	Stu/Sti	Mo	18.00—20.00 Ma/Sp Bu
Reiten	Stu/Sti	Di, Mi, Do und n. V.	
		Anf.	18.00—19.00 Herb
		Fort.	19.00—20.00 Herb
Rub Pub	Stu/Sti/Wk	So — Sa	16.00—1.00 Rub Pub
			17.00—19.00
			10.00—14.00
Rudern	Stu/Sti	Di	17.00—19.00
		Sa	10.00—14.00
	Stu/Sti/Wk	Mo, Mi, Fr	17.00—18.30
			Regattastrecke Witten
			18.00—23.00
			v.-Thadden-Heim
Schach	Stu/Sti	Di	20.00—21.00 Ostbad
Schwimmen	Stu/Sti	Do	20.00—21.00 Baracke 1
Sexuelle Revolution (Emanzipationsgruppe)	Stu/Sti	Mo	19.00—20.00 Baracke 1
Tennis	Stu/Sti	X	Te Ma
Tischtennis	Stu/Sti	Do	16.30—22.00 KSA II
Turnen	Stu	Di	19.30—22.00 Ma I
		Do	19.30—22.00 Ma I
Volleyball	Stu/Sti	Fr	17.30—19.30 Ma I/II
	Stu/Wk	Di	20.00—22.00 Ma II
	Sti/Wk	Di	20.00—22.00 Ma III

Abkürzungen: Ma = Halle Markstraße
Gy Ma = Gymnastikhalle Markstraße
KR = Krafraum Markstraße
Te Ma = Tennisplätze Markstraße
KSA = Kurzeisportanlage unter der neuen Mensa
Stu = Studenten
Sti = Studentinnen
Herb = Reitanlage „Birkenhof“
Herb = Herbe-Durchholz, Deitermannkamp
Sp Bu = Sportplatz Buschstraße
Wk = Wettkampfmannschaft
X = Auskunft im Sportreferat
Weitere Auskunft: Sportreferat an der RUB, Overbergstr. 15
SG, Telefon 71/22 95
Sprechzeit: Do 12.00—14.00 Uhr

Achten Sie auf Reihe Hanser

- Eldridge Cleaver/Lee Lockwood**
Gespräche in Algier
Band 58. Ca. 7.80 DM
 - Hermann Schürer**
Europa: Die Toten haben nichts zu lachen
Band 59. Ca. 5.80 DM
 - Paul Lüth**
Ansichten einer künftigen Medizin
Band 60. Ca. 7.80 DM
 - Wolf Lepenies/Helmut Nolte**
Kritik der Anthropologie
Marx und Freud. Gehlen und Habermas.
Über Aggression. Band 61. Ca. 7.80 DM
 - Witold Wirpsza**
Der Mörder
Erzählungen. Band 62. Ca. 5.80 DM
 - Verwaltete Musik**
Analyse und Kritik eines Zustandes.
Herausgegeben von Ulrich Dibelius.
Band 63. Ca. 7.80 DM
 - Die Unterhaltung der deutschen Fernsehfamilie**
Ideologiekritische Untersuchungen.
Herausgegeben von Friedrich Knilli.
Band 64. Ca. 7.80 DM
 - Alain Labrousse**
Die Tupamaros
Stadtguerilla in Uruguay. Band 65. Ca. 9.80 DM
 - Die Tabus der bundesdeutschen Presse**
Aufsätze von L. Gothe, R. Kippe, K. P. Kisker,
H. D. Müller, H. Ostermeyer, H. Schuppenhäuser,
A. Skriver, U. Sonnemann, R. Sülzer,
G. Wallraff. Herausgegeben von Eckart Spoo.
Band 66. Ca. 9.80 DM
 - Michael Hatry**
Aus lauter Liebe
Band 67. Ca. 5.80 DM
 - Leo Navratil**
a + b leuchten im Klee
Psychopathologische Texte. Band 68.
Ca. 7.80 DM
 - Das Rechtskartell**
Reaktion in der Bundesrepublik.
Herausgegeben von Harald Jung und
Eckart Spoo. Band 70. Ca. 7.80 DM
- In jeder Buchhandlung oder direkt vom
Carl Hanser Verlag, 8 München 86,
Kolbergerstr. 22, erhalten Sie den ausführlichen
Sonderprospekt.

BSZ-Kurzinterview

... und wenn ich mehr verdienen würde — habe ich Angst um meine Rente.
BSZ fragt die Männer am Schlagbaum zu den G-Gebäuden

BSZ: „In letzter Zeit war — bedingt durch die Aktionen der Studentenschaft gegen die Parkausweismaschelei — Ihr Dienst am Schlagbaum besonders anstrengend. Kam es Ihnen gegenüber zu Handgreiflichkeiten usw., oder waren die Autofahrer im großen Ganzen recht diszipliniert?“

„Die große Mehrheit der Autofahrer war diszipliniert, lediglich ein kleiner Teil wollte sich die Durchfahrt erzwingen, obwohl das Schild aufgestellt war: „Parkplätze besetzt“.

Darüber hinaus verhalten sich die Studentinnen viel uneinsichtiger als die Studenten.“

BSZ: „Sind Sie der Ansicht, daß man den bisherigen Ärger einmal in Kauf nehmen könnte, wenn nur die Verwaltung der RUB durch die „Drive in“-Aktion auf Trab gebracht wird, — schließlich wurden über Nacht im Süden der G-Gebäude neue Parkplätze freigegeben?“

„Die Parkplätze sind noch gar nicht fertig, sondern nur provisorisch freigegeben. Allein der Ärger hat sich nicht gelohnt, da alle Baustellenfahrzeuge durch das „Kreuz- und Querparken“ behindert wurden. Die im Akkord stehenden LKW-Fahrer sind auch jetzt noch

auf die Studenten wütend, da sie Lohneinbußen durch die blockierten Straßen hinnehmen mußten.“

BSZ: „Sollen die Parkflächen grundsätzlich jedem (Assistenten, Bediensteten, Profs. und Studenten) frei zur Verfügung stehen?“

„Es geht unserer Ansicht nach vielen Studenten nicht darum, einen günstigen Parkplatz zu bekommen, sondern darum, ihren Willen durchzusetzen.“

Oft kommen aber auch Kuriositäten vor: Manche Autofahrer nehmen den Arm unter die Jacke, um einen „Schwerbeschädigten zu markieren“; bisweilen kommt jemand vorgefahren und sagt: „Ich bin Assistent bei Prof. sowieso, lassen Sie mich durch!“

Aber grundsätzlich sollte zwischen den 4 Gruppen kein Unterschied bestehen, mit Ausnahme der Schwerbeschädigten und Lieferanten, die ausschließlich auf den Parkausweislflächen parken dürfen.“

Im Gespräch mit der BSZ war u. a. noch zu erfahren, daß ein Teil dieser Arbeiter (u. zwar die in der Uniform der Wach- und Schließ-GmbH) einen Stundenlohn von sage und schreibe 2,50 DM erhält. Ein Wach- und Schließer sagt dazu:

„Das ist noch weniger als der Stundenlohn für eine Putzfrau; und wenn ich mehr verdienen würde — habe ich Angst um meine Rente.“

Noch eins darf nicht unerwähnt bleiben:

Der Aufpasser der Uni-Verwaltung, Herr Vogel (er kontrolliert regelmäßig die Parkplatzwächter), erschien zum Ende des BSZ-Interviews auf der Bildfläche. Vogel empörte sich darüber, daß seine Arbeiter mit den bösen BSZ-Leuten zu sprechen gewagt hatten.

Zu dem BSZ-Interviewer (der ihn bei der Gelegenheit auch interviewen wollte) wurde er dann liebenswürdiger:

„Das geht nicht, da muß ich erst meinen Dienstvorsetzten, den Kanzler fragen. Bitte, setzen Sie sich doch mit der Pressestelle ins Einvernehmen. Da kommt ein Herr von der Pressestelle mit, und wir machen dann hier mit allen zusammen ein schönes Interview.“

Gratispfeifen-Planta-Berlin 61

Wellauer's English Blend ist reich an tabakischen Aromen. Eine klassische englische Mischung.

ENGLISH BLEND

WELLAUER

3.50 DM

ST. GALLEN • Deutsche Lizenz •

Senat stimmt Abteilungssatzungen zu

In seiner 14. Sitzung am 22. 4. hat der Senat den ihm vorliegenden Satzungen der Abteilungen Evangelische Theologie und Ostasienwissenschaften seine Zustimmung erteilt und damit die Voraussetzungen geschaffen für eine endgültige Genehmigung der beiden Satzungen durch das Ministerium.

Ausgenommen wurde von der Zustimmung die Regelung in der Satzung der Abteilung Ostasienwissenschaften, die die Öffentlichkeit des Abteilungsrats auch in Personalfragen vorsieht. Hier beruft sich der Senat auf höherrangiges Recht (Hochschulgesetz) und wird daher von seinem Vorbehalt kaum Abstand nehmen.

Spartakus und BSU haben u. a. gerade mit diesen beiden Satzungen die Notwendigkeit eines 6-Wochen-UP zu begründen versucht. Noch lange nach der Zustimmung des Senats zu den Satzungen hielten sie an der Behauptung fest, der Senat blockiere diese Satzungen und müsse vom UP zur Rechenschaft gezogen werden. Dabei ist gerade die Geschichte dieser Satzungen ein

Beispiel dafür, daß durch studentischen Druck politische Forderungen durchgesetzt werden können.

Druck von unten

Die beiden Satzungen standen Anfang Februar schon einmal auf der Tagesordnung einer Senatsitzung. Damals lautete die Empfehlung: Ablehnen. Der Aktionsrat der Assistenten und Studenten informierte die Öffentlichkeit über diese Absicht und rief dazu auf, den Senat zur öffentlichen Stellungnahme zu zwingen. Der Senat lehnte eine öffentliche Behandlung der Satzungen ab und brach auch die Sitzung ab, weil er angesichts der vor den Türen und Fenstern stehenden Universitätsangehörigen um seine Sicherheit bangte.

Die jetzige Zustimmung des Senats zu den Satzungen ist sicher nicht als Nachgeben vor einem noch gar nicht existierenden UP zu verstehen, sondern vielmehr als Zurückweichen vor dem politischen Druck der Universitätsöffentlichkeit.

Kaufen Sie

Tabak • Zeitungen
Spirituosen
Lebensmittel
Brot + Backwaren

Trinkhalle Kothhoff
(Mensaparkplatz)

Neu:
Busfahrkarten aller Art

W. F. Ganong:
**MEDIZINISCHE
PHYSIOLOGIE**

Kurzgefaßtes Lehrbuch der Physiologie des Menschen für Studierende der Medizin und Ärzte. Mit 503 Abb. 826 Seiten Springer-Verlag (B H NY) 1971 — 38,— DM

Die „Medizinische Physiologie“ bringt einen knappen, aber umfassenden Überblick über die Physiologie des Menschen, wobei die normalen Körperfunktionen und die Ansatzpunkte zu pathologischen Abweichungen unter dem Gesichtspunkt der medizinischen Erfordernisse dargestellt werden.

STUDIENKREIS FILM

Filmclub an der RUB

Mi., 19. 5. L'AGE D'OR — DAS GOLDENE ZEITALTER
Luis Bunuel Frankreich 1930
nach dem Szenario von Salvador Dali
— einer der meistverbotenen Filme der Filmgeschichte
+ DAS BLUT EINES DICHTERS —
LE SANG D'UN POETE
ein surrealistischer Traum um Liebe und Tod

Mi., 26. 5. STALAG 17 Billy Wilder USA 1953
Kriegsgefangenen-Reißer mit Krimi-Einschlag
+ SIGHTSEEING (Farbe)
Peter Nestler Schweden 1969

Do., 27. 5. LOS OLVIDADOS — DIE VERGESSENEN
Luis Bunuel Mexico 1950
THE YOUNG ONES 3 — verwahrloste und
kriminalisierte Jugendliche — ein Film des sozialen
Kampfes
+ CICLON Santiago Alvarez Cuba

Mi., 2. 6. GÖTTER DER PEST
Rainer W. Fassbinder BRD 1970
Eine heiß-kalte, lässige Gangster- und Liebesgeschichte
— Fassbinders spannendster und bester Film
+ SCORE Rosenthal/Nöfer BRD 1968

Do., 3. 6. DIE WENIGER GLÜCKLICHE HEIMKEHR
DES JOZEF KATUS IN DAS LAND REMBRANDTS
Wilm Verstappen Niederlande 1966

JEWELNS UM 18 UND 20.30 UHR IN HZO 20
(Hörsaalzentrum Ost, Saal 20, Signaturfarbe des Hörsaals: Blau.
Eingang unten links)

AStA-Kontakt zu den Fachschaften gebessert

In der letzten BSZ berichtete der AStA über die erste gelungene Fachschaftsvertreterkonferenz seit über einem Jahr und kündigte für den 10. Mai ein erneutes Treffen an, bei dem ein Streik gegen das Hochschulrahmengesetz (HSRG) und die inhaltliche Vorbereitung des Besuchs des Wissenschaftsrates in der RUB besprochen werden sollten. Dieses Treffen hat bei einer Beteiligung von nahezu der Hälfte aller Fachschaften stattgefunden.

Der vom Bochumer AStA angeregte Streik gegen das HSRG wird erst im Wintersemester, dann aber — und dafür werden wir uns einsetzen — bundesweit und in Zusammenarbeit mit der Assistentenschaft stattfinden. Anlässlich des Fachschaftstreffens vertrat der AStA die Auffassung, daß dennoch auch im Sommersemester eine umfangreiche Kampagne gegen die Hochschulreformierung geführt werden muß. Gegenstand dieser Kampagne wird der Wissenschaftsrats-Besuch sein (vgl. auch an anderer Stelle). Es bestand allgemeine Übereinkunft, daß versucht werden muß, allen Studenten gerade am Beispiel Wissenschaftsrat (Zusammensetzung und Abhängigkeit — Aufgaben — Arbeitsweise) klarzumachen, wie eng Hochschulreform und Kapitalinteressen miteinander verzahnt sind. Auf diese Weise könnten alle Studenten auf einen arbeitsintensiven Streik im Wintersemester zum Zeitpunkt der Verabschiedung des HSRG vorbereitet werden.

Im einzelnen wurde folgendes Vorgehen beschlossen: Der AStA führt die bereits begonnene Informationskampagne in der BSZ fort. Er nimmt zu dieser Frage über den Aktionsrat Kontakt mit dem Vorstand der Assistentenschaft auf. Die Fachschaften treffen Maßnahmen zur fachbezogenen Vorbereitung des Besuchs an Hand des Fragenkatalogs des Wissenschaftsrats. Sie informieren die Studenten fachbezogen und regen sie zur Mitarbeit — möglichst auch

in Zusammenarbeit mit Assistenten — an. Die gesamten Vorbereitungen sind ausgerichtet auf den Besuchstermin (23./24.6.).

Während der Woche des Besuchs sollen fachbezogene Diskussionen in Massenvorlesungen und -seminaren sowie unizentral ein großes teach-in zum Wissenschaftsrat und seinen Intentionen stattfinden. Der Besuch selbst verdient breiteste öffentliche Anteilnahme. Es werden Vorkehrungen getroffen, daß diese Anteilnahme auch Berücksichtigung findet (dem steht immerhin der Wunsch der Besucher entgegen, von nur 20 Hochschulangehörigen empfangen zu werden).

Alle am 10. Mai anwesenden Fachschaften erklärten, die notwendigen fachspezifischen Vorbereitungen treffen zu wollen und zu können. Der AStA wird durch Einzelbesuche bei den Fachschaften in den nächsten Wochen diese Vorbereitungen unterstützen. Zu einer ersten Zwischenbilanz treffen sich die Fachschaften bereits in der kommenden Woche wieder: Montag, den 24. Mai, 17 Uhr, Baracke 3. Diese Veranstaltung ist selbstverständlich offen für jedermann. Der AStA wird alles ihm Mögliche unternehmen, um dieser Kampagne zum breiten Rückhalt in der Studentenschaft zu verhelfen. Wir hoffen, daß alle politisch arbeitenden Gruppen an dieser Universität trotz demnächst anlaufendem SP-Wahlkampf an dieser wichtigen Angelegenheit vorrangig mitarbeiten.

Men like its flavor
Women love its aroma

RUM and MAPLE
PIPE MIXTURE

2.50

Gratismuster • PLANTA • Berlin 61

Contacta Institut

Heinen-Brillen Bochum Kortumstr. 45 I.Et.
Anpassung unsichtbarer Augengläser
bestverträgliche Kunststoff-Kleinstlinsen
des bewährten Systems Müller-Welt

Im folgenden drücken wir das „GEMEINSAME AKTIONSKONZEPT DER STUDENTEN UND ASSISTENTEN DER RUB“ ab, das der Vorstand der Studentenschaft (ASIA) gemeinsam mit dem Vorstand der Assistentenschaft erarbeitet hat. Dieses Aktionskonzept soll die Grundlage bilden für eine gemeinsame Politik im Universitätsparlament (UP) und Ausgangspunkt sein für eine Ausweitung des Bündnisses zwischen Studenten und Assistenten auch auf andere Bereiche.

Der erste Teil des Aktionskonzepts zeigt die grundsätzliche Einschätzung von Gremienpolitik im Rahmen der aktuellen hochschulpolitischen Situation und setzt Prinzipien für jede Gremienarbeit. Der zweite Teil (wird in der nächsten BSZ abgedruckt) umfaßt einen konkreten Aufgabenkatalog für die gemeinsame Arbeit von Studenten und Assistenten im Bochumer Universitätsparlament und formuliert die Voraussetzungen für die Durchsetzung einer solchen Konzeption.

Gemeinsames Aktionskonzept der Studenten und Assistenten der RUB

Die notwendige Bündnispolitik der Studenten und Assistenten macht es erforderlich, die tägliche politische Arbeit an der Hochschule — wie z. B. die Arbeit im Universitätsparlament — an einem langfristigen Aktionsprogramm zu orientieren. Das vorliegende Aktionskonzept ist der erstmalige Versuch, ein solches Programm in einigen Grundlagen gemeinsam zu erstellen. Durch die Praxis der täglichen politischen Arbeit wird dieses Programm ständig zu konkretisieren, zu verbessern und zu vervollständigen sein.

1. Zur allgemeinen Entwicklungstendenz an den Hochschulen

Gegenwärtig wird die Wissenschaft immer umfassender als Produktivkraft in den Kapitalverwertungsprozeß einbezogen. Das führt in zunehmendem Maße zur Unterwerfung des gesamten Bildungsektors unter die Interessen des Kapitals. Im Bereich der Hochschule sind folgende Entwicklungstendenzen festzustellen:

Einerseits werden Programme zur Systemoptimierung durchgesetzt (Bildungsgesamtplan, Hochschulrahmengesetz), und dadurch werden noch bestehende Feudalstrukturen tatsächlich abgebaut (z. B. Beseitigung persönlicher Abhängigkeitsverhältnisse). Als Reaktion darauf findet andererseits auf breiter Basis eine Rekonsolidierung der angeschlagenen Kräfte statt (vgl. z. B. den Bundesratsentwurf zum HSChRG, „Bund Freiheit der Wissenschaft“).

Die Optimisierungstendenz hat folgende politisch-ökonomische Grundlagen: „Die Bedrohung des politischen Systems durch die Gefährdung seiner ökonomischen Produktivität zwingt den Gesetzgeber, die quantitative und qualitative Funktionsfähigkeit der Forschung durch Förderung und Planung der wissenschaftlich-technischen Produktion zu sichern und die Befriedigung des notwendigen Bedarfs an qualifizierten Arbeitskräften durch Heranbildung des Nachwuchses für Bildung, Wissenschaft und Industrie zu garantieren. Die dabei im spätkapitalistischen Gesellschaftssystem leidenden Kapitalverwertungsinteressen erweisen sich als kaum vereinbar mit dem propagierten Ziel der Schaffung eines demokratischen und die Grundrechte verwirklichenden Bildungssystems.“ (Aus der BAK-Stellungnahme zum HSChRG)

Situation im Hochschulbereich

Die auf dem Bildungssektor Tätigen — Forschende, Lehrende wie Lernende — geraten damit objektiv zu den Herrschenden in teilweise ähnliche Verhältnisse wie die Lohnarbeitenden. Es ist nur logisch, wenn auch politisch die Arbeits- und Organisationsformen dieser Gruppen denen der Lohnarbeitenden angeglichen werden sollen.

Erste Ansätze dieser Art führten in den Jahren 1968/69 in einer rechtlich ungesicherten Periode zu Zugeständnissen der Herrschenden gegenüber den Studenten (Drittparität). Nach Erfüllung dieser abstrakt formulierten Forderung kam es zu einer „Besänftigung“ großer Teile der Studenten, die nicht reflektierten, daß die erreichten „Machtpositionen“ erst an konkreten materiellen Problemen ihre Funktionsfähigkeit erweisen mußten. Diese Funktionalität war in einer Phase nur schleppender Bewußtwerdung der Assistenten erst relativ spät und nur schwer herstellbar und muß auch in der gegenwärtigen Situation weitgehend vermittelt werden.

Das Abbröckeln gewerkschaftsähnlicher Ansätze bei den Studenten nach „Erfüllung“ der fälschlicherweise abstrakt gestellten Forderung nach „paritätischer Mitbestimmung“ erlaubt es den Herrschenden jetzt, die Zugeständnisse Stück für Stück zurückzunehmen. Durch die Verwirklichung technokratischer Modelle sollen zudem die von studentischer Seite bereits errungenen Rechte wieder abgebaut werden (z. B. Beschneidung der Kompetenzen der universitären Selbstverwaltung durch den Staat, Reglementierungsversuch des Gesamtstudiums, Ausschaltung der Studenten durch Quoren u. a. m.).

Die Situation der Assistenten wird dadurch bestimmt, daß durch ihre formale Einbeziehung in die Gruppe der Hochschullehrer die optimale Ausnutzung ihrer Arbeitskraft gesichert werden soll, ohne sie jedoch dienstrechtlich den Professoren in der Weise gleichzustellen, wie es die gleiche Arbeitsleistung erfordert.

Die Rekonsolidierungstendenz zeigt folgende wesentliche Merkmale: Die fortschrittsfeindlichsten Kräfte sehen die Notwendigkeit der technischen Systemoptimierung ein, wollen aber ebenfalls alle neuen und verbesserten Modelle mit ihren reaktionären Inhalten füllen, um die wissenschaftlich-technischen Einrichtungen sowie Ergebnisse ihren Interessen unterwerfen zu

können (vgl. den CDU/CSU-Entwurf zum HSChRG). Sie wollen von vornherein jeden demokratischen Ansatz und jede Einflußnahme der demokratischen Kräfte verhindern. Deshalb finden sich die verschiedensten Gruppierungen aus Politik, Industrie, Rüstungswirtschaft, Wissenschaft, Militär an breiter Front zusammen (vgl. Claus Grosser in: Der Spiegel, Nr. 12, vom 15. 3. 71 über den militärisch-industriellen Komplex), um ihre Art von Technokratie zu verwirklichen.

Bewußtseinsstand der Mitgliedsgruppen

Zum Bewußtseinsstand der einzelnen Gruppen an der Hochschule ist gegenwärtig zu sagen, daß die weitestgehende Systemeinheit die Studenten erlangt haben. Gerade hier will deshalb der Gesetzgeber auch seinen HSChRG-Hebel ansetzen und durch Studienreglementierung aller Art weitere Systemeinheiten und die daraus folgenden Konsequenzen verhindern.

Die Assistentenschaft gelangt nur sehr zögernd zu den Einsichten, die für die Verbesserung der eigenen Lage und für die Bündnisstrategie mit den Studenten notwendig sind. Hinderlich ist hier noch vor allem die Haltung vieler Assistenten, die der von Ordinarien nicht ähnlich ist. Die besondere ökonomische und bewußtseinsmäßige Lage der Mehrheit der Assistenten (verheiratet, mit Kindern, also „Verantwortungsbewußtsein“, die finanzielle und damit persönliche Abhängigkeit von Ordinarien, „Kompromißertum“ und das Wunschenken, selbst einmal Ordinarius zu werden, also „Ordinarienmentalität“) bedingt die oben erwähnte schleppende Bewußtwerdung der Assistenten. Die meisten werden erst wach, wenn sie reiche Erfahrungen an persönlichen Erniedrigungen und Ordinarienzyklen gemacht haben — und ihre Hoffnung auf eine steile Karriere schwinden sehen.

Die Bewußtseinslage des Personals ändert sich langsam. Der Hauptgrund dafür liegt in der falschen Selbsteinschätzung des Personals, das glaubt, „selbst“ oder auch mit alleiniger Hilfe der Ordinarien seine Interessen am besten durchsetzen zu können. Dabei wird gerade das Personal von den Ordinarien in oft viel schlimmerer Weise ausgenutzt als Assistenten und Studenten. Für das Personal besteht vielmehr die einzige Möglichkeit, seine Interessen durchzusetzen, darin, mit den Studenten und Assistenten gemeinsam für seine Rechte und Forderungen einzutreten.

2. Zur Politik an der RUB

Im Mittelpunkt des Kampfes der Studentenschaft und Assistentenschaft gegen die Formierung des Ausbildungssektors im Interesse und nach den Bedürfnissen des Kapitals (HSChRG, Bundesausbildungsförderungsgesetz, Bildungsgesamtplan) stehen die materiellen Planungsinhalte und ihre konkreten Auswirkungen für Lehrende und Lernende (Personalstrukturreform, zentrale Bestimmung der Forschungs- und Lehrinhalte, 6-Semester-Kurzstudium, Berufslenkung durch Numerus Clausus und Studienberater, soziale Auslese, zentrale Regelung der Studieninhalte). Für diesen Kampf müssen die Möglichkeiten institutioneller Mitbestimmungsrechte und Forderungen nach deren Ausweitung richtig eingeordnet werden.

Möglichkeiten von Gremienpolitik

Bei einer Einschätzung der objektiven Möglichkeiten der politischen Arbeit an der Hochschule lassen sich wenige konkrete Merkmale nennen, nach denen Gremienarbeit überhaupt sinnvoll erscheint. Gremienarbeit ist von jeher nur äußerst bedingt und gegenwärtig immer eingeschränkter als Hebel zur Durchsetzung politischer Forderungen anwendbar. Das ist keine pessimistische Absage an jede Gremienpolitik, sondern das ist die Einsicht, daß die Möglichkeiten einer wirksamen Gremienpolitik an der Universität in zunehmendem Maße vom herrschenden Machtapparat beschnitten werden. Erst allmählich beginnt sich die Erkenntnis durchzusetzen, daß eine Demokratisierung mit einer langfristigen Veränderung der ökonomischen Bedingungen und Herrschaftsverhältnisse gekoppelt sein muß (vgl. Hauptresolution der 23. o. vds-MV).

Unter den gegebenen Bedingungen geht es primär darum, weitere Verschlechterungen auf den Gebieten der Mitbestimmung, der demokratischen Bestimmung von Lehrformen und -inhalten etc. zu bekämpfen und zu verhindern. In dieser Hinsicht könnte das UP vor allem durch die Zusammenarbeit der Studenten und Assistenten, möglicherweise auch nichtwissenschaftlicher Mitarbeiter — unter weitestgehender Ausnutzung der noch in der RUB-Verfassung verbliebenen Rechte — eine Entwicklung zum Schlechteren stoppen.

Grundsätze für Gremienpolitik

Sekundär nur lassen die gegenwärtigen Bedingungen Ansätze zu einer Offensivstrategie zu. Hier sei vor zu großem Optimismus gewarnt! Vermieden werden muß

1. die Illusion, durch Viertelparität und ein möglichst breites Aktionsbündnis könne die Anwendung der staatlichen Formierungspolitik auf die Hochschule tatsächlich verhindert werden. Vielmehr muß anhand konkreter Beschlüsse vermittelt werden, daß die Qualität von Mitbestimmungsrechten sich nicht so sehr nach den Paritäten, sondern vor allem nach dem Entscheidungsspielraum eines Gremiums richtet und daß dieser im Falle des UP verschwindend klein ist;
2. eine Desorientierung der studentischen und assistentischen Öffentlichkeit durch rein formales Festhalten an einmal errungenen Rechtspositionen. Die Mitarbeit in diesem UP muß überprüft werden, wenn sich erweist, daß wir unsere politische Konzeption im UP nicht durchsetzen können (vgl. dazu unten die unter 5. genannten Essentials). Eine weitere Mitwirkung im UP ohne inhaltliche Perspektive könnte lediglich die Studentenschaft und Assistentenschaft desorientieren und auch demobilisieren.

In der jetzigen Entwicklungsphase ist aber ein verstärkter Kampf für die Emanzipierung der Studenten, Assistenten und des Personals notwendig und möglich.

Bei der Gremienarbeit stellt sich für Studenten und Assistenten die Aufgabe, die Gremien wie z. B. das UP optimal in ihrem Sinne auszunutzen. Dabei werden sich notwendigerweise Konflikte mit den Herrschenden ergeben. Die politische Vermittlung dieser Konflikte wird die Notwendigkeit aufzeigen, Interessen über gewerkschaftliche Arbeit durchzusetzen.

Das Aktionsbündnis zwischen Studenten und Assistenten, besonders im UP, wird darauf abzielen...

1. durch Änderung und Ausnutzung des Spielraums, den uns die staatlichen Planungen noch lassen, die größten Freiheiten und unnötige Härten der Formierungsmaßnahmen abzuschwächen und, soweit das UP inneruniversitär Kompetenzen hat, die inneruniversitären Machtstrukturen zugunsten von Assistenten, Studenten und Personal zu verändern und gegen die Interessen der Professoren anzuwenden;
2. durch Beschlüsse, die über den vom Staat zugestandenen Kompetenzbereich hinausgehen und mit

Nationalgarde Bundesgrenzschutz

Nachdem der Bundesgrenzschutz (BGS) keine irgendwie rational vermittelbare Aufgabe im Sinne der „Grenzsicherung“ mehr hat, hat sich Bundesinnenminister Genscher eine neue Existenzrechtfertigung für den BGS auf dessen 20-Jahr-Feier einfallen lassen. Und zwar soll er, wohl nach dem Vorbild der amerikanischen Nationalgarde, den Umtrieben Krimineller, radikaler Linker etc. und was noch alles zu diesem Gelichter gehört, das Sand in das Getriebe des Systems streut, Einhalt gebieten. Der BGS soll als „Reservepotential“ der Polizei bei ihren „außergewöhnlichen Belastungen“ beistehen.

Fazit: Die Reaktion formiert sich. Linke werden kriminalisiert. Der Einsatz von Grenzschutz (der ja viel schwerer bewaffnet ist) beispielsweise bei Demonstrationen ist zu erwarten.

Was schenken?
geht zu
Karin's Boutique
Bochum, Kortumstraße 98
1000 Kinkerlitzen
warten auf Euch!

Arbeit auf Zeit in Büro, Industrie und Technik!

Wir bieten Ihnen die Möglichkeit dazu. Sie können bei uns während des Studiums, in den Semesterferien, arbeiten. Bei uns finden Sie ein breites Betätigungsfeld mit interessanter und abwechslungsreicher Arbeit auf Zeit. Wir zahlen gut. Unsere Büros in Bochum, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg und Essen geben Ihnen jederzeit Auskunft. Wir haben den Draht zur Industrie. Rufen Sie uns doch mal an.



Bochum, Untere Marktstr. 4, Tel. 60206
Dortmund, Friedhof 8, Tel. 527328
Düsseldorf, Berliner Allee 4, Tel. 358021
Duisburg, Münzstr. 19, Tel. 26686
Essen, Lindenallee 68, Tel. 235291

Kommilitonin mit 3monatigem Säugling sucht sehr dringend möbliertes Zimmer oder teilmöblierte Kleinwohnung Wer kann helfen? Bitte schreiben Sie sofort an
BSZ-Redaktion
463 Bochum
Lennershofstraße 60

Zeugen gesucht
Für den Vorfall am 21. 4. 71 an der Schranke zu den Gebäuden GA / GB / GC, bei dem angeblich ein Arbeiter von einem Studenten angefahren wurde, werden weitere Zeugen gesucht. Bitte beim AstA, Zimmer 17, melden oder in der Juristischen Fachschaft GC 6/34.



Studienausgaben

- Leo Trotzki
Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen?
296 Seiten, kartoniert 9,- DM
- Franz Neumann
Demokratischer und autoritärer Staat
240 Seiten, kartoniert 6,- DM
- Roman Rosdolsky
Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen >Kapital< I/II
Band I 202 Seiten, Band II 338 Seiten, kartoniert, je Band 6,- DM
- Soziologische Exkurse**
184 Seiten, kartoniert 6,- DM
(A. Neuberg), Hans Kippenberger, M. N. Tuchatschewski, Ho Chi Minh u. a.
- Der bewaffnete Aufstand**
ca. 344 Seiten, kartoniert 9,- DM
- Leo Trotzki
Ergebnisse und Perspektiven Die permanente Revolution
ca. 320 Seiten, kartoniert 9,- DM
- Hermann Weber
Die Wandlung des deutschen Kommunismus
408 Seiten, kartoniert 9,- DM
- Karl Korsch
Die materialistische Geschichtsauffassung und andere Schriften
ca. 200 Seiten, kartoniert 6,- DM
- Arthur Rosenberg
Demokratie und Sozialismus
312 Seiten, kartoniert 9,- DM
- Alfred Schmidt
Der Begriff der Natur in der Lehre von Marx
ca. 200 Seiten, kartoniert 6,- DM

Europäische Verlagsanstalt

"SCHÖNER WOHNEN"

Bei Müttern studieren?

Abhängigkeit von der Familie verhindert Emanzipation

Über die Hälfte der in Bochum Studierenden — das zeigt die Statistik — wohnt „bei Müttern“ in Bochum, Dortmund, Essen, Witten, Gelsenkirchen etc. Diese Tatsache, die in die Planung der Bochumer Universität von vornherein mit einbezogen wurde, hat die Struktur der RUB als Arbeitsuniversität weitgehend bestimmt und wesentlich dazu beigetragen, daß sich in Bochum nicht einmal der Ansatz eines „Studentenlebens“ entwickelte.

Bochums Studenten „brauchen“ die City und damit gute Filme, Kneipen, Tanzlokale etc. nicht in dem Maße wie die Studenten an anderen Orten. Sofern sie einen der begehrten Wohnheimplätze im Queenburger Ghetto ergattern konnten, hocken sie abends auf ihrer Bude, in der Gemeinschaftsküche oder der hauseigenen Bar; der weit-aus größte Teil aber fährt nach Hause zu seinen Eltern und verbringt seine Zeit wie eh und je mit der Familie vor dem Fernseher, mit den alten Bekannten in der angestammten Pinte — oder er sitzt in seinem Zimmer und überlegt, warum er sich nicht wohlfühlt, obwohl er es zu Hause doch so gut hat.

Bequemlichkeit einerseits Abhängigkeit andererseits

Für die Studierenden, die weiterhin im Elternhaus wohnen, ändert sich durch den Übergang von der Schule zur Hochschule nur sehr wenig. Sie genießen weiterhin die Bequemlichkeiten, erfahren aber auch weiterhin die Abhängigkeiten eines Kindes in der Familie:

- natürlich ist es schön, wenn man seine Wäsche gewaschen bekommt;
- natürlich ist es angenehm, sich an den gedeckten Tisch setzen zu können und nicht selbst für sein Essen sorgen zu müssen;
- natürlich ist es einfacher, wenn man keine Probleme mit dem Vermieter oder den Mietbedingungen hat.

ABER:

- Irgendwann kann man die guten Wünsche nicht mehr hören, die man morgens mit auf den Weg bekommt.
- Irgendwann kann man den Druck nicht mehr ertragen, der auf einem lastet, weil die Eltern ständig Erfolgsmeldungen erwarten.
- Irgendwann will man auf die Frage „Wie war's denn?“ keine Antwort mehr geben.
- Irgendwann will man über sein Tun und Lassen keine Rechenschaft mehr ablegen müssen.
- Irgendwann will man sich von den Eltern nicht mehr in seine ureigensten Angelegenheiten hineinreden lassen (dazu gehören u. a. der Lebensstil, sexuelle Beziehungen).

Irgendwann merkt jeder Studierende, daß es trotz der vielen Annehmlichkeiten zu Hause besser wäre, wenn er aus dem Familienverband ausbrechen oder sich zumindest allmählich lösen könnte. Denn das Verbleiben im Familienverband auch während des Studiums bedeutet — wenn auch weitgehend unbewußt — eine Fortsetzung der Fixierung auf die Eltern als gefühlsmäßige Autoritäten. Diese Fixierung äußert sich in zwei unterschiedlichen Verhaltensweisen:

1. Der Studierende verinnerlicht die elterliche Autorität so weit, daß er seine Abhängigkeit von den Eltern als Bestandteil seiner eigenen Persönlichkeit akzeptiert und lernt, mit dieser Autorität zu leben.
2. Der Studierende erkennt die Fixierung auf die Eltern, sieht aber keine Möglichkeit, sie zu überwin-

den. Das führt zu einer Negativfixierung auf die Eltern, zu einer Frontstellung gegen sie, die aber den Studierenden auch nicht gefühlsmäßig von seinen Eltern löst. Vielmehr versucht er vergeblich, die Konflikte innerhalb des Familienverbandes zu lösen, und vergeudet Energie, die er für gesellschaftliche Konflikte brauchte.

Beide Verhaltensweisen verlängern das Eltern-Kind-Verhältnis und verhindern die persönliche Emanzipation der Studierenden.

Haltung zum Studium

Aus dem Verharren im Familienverband und dem damit verbundenen nahtlosen Übergang von der Schule zur Universität erwächst ein spezifisches Verhältnis zum Studium selbst. Es wird, wie der Schulunterricht, als Pflichtübung angesehen, als zu absolvierendes Soll und Verlängerung der Schulzeit vor dem Eintritt in den Beruf. Diese Tendenz wird noch verstärkt durch das Verhalten der Eltern, die Scheine sehen wollen und diese nur unter dem Gesichtspunkt betrachten, daß sie ein Meilenstein auf dem geraden Weg zum Examen sind. Das Studium wird nicht betrachtet unter dem Aspekt der generellen

Bewußtseinsbildung, der Auseinandersetzung mit der eigenen Person und den gesellschaftlichen Bedingungen, die für die Entwicklung des einzelnen relevant sind, und dem Erkennen und Entwickeln möglicher Alternativen und eigener Ansatzpunkte, die Voraussetzung für ein emanzipatorisches Studium sind.

Diese Funktion kann das Studium unter den hier genannten Bedingungen kaum haben.

Ausbrechen!

Das Ausbrechen aus dem Familienverband ist nicht leicht (ich spreche aus Erfahrung), und viele schaffen es nicht, obwohl sie die Gefahren und negativen Auswirkungen der Familienabhängigkeit erkennen.

Die Eltern verhindern häufig die notwendige Emanzipation von der Familie, indem sie mit finanziellen Konsequenzen drohen — ein wirksames Mittel, solange eine familienunabhängige Ausbildungsförderung nur Zukunftsmusik ist. Im geplanten Bundesausbildungsförderungsgesetz soll gerade diese Familienabhängigkeit beibehalten werden. Das ist einer der wesentlichen politischen Inhalte dieses Gesetzes. Setzt Euch geschlossen ein für eine

familienunabhängige Ausbildungs-förderung!

Studentenbuden sind in Bochum Mangelware; auch das trägt dazu bei, daß viele die Trennung vom Elternhaus nicht vollziehen. Nur für knapp ein Fünftel der Ruhr-Studenten stehen Wohnheimplätze zur Verfügung. Dem AstA ist es im letzten Herbst durch eine Zeltaktion gelungen, das Angebot an Studentenbuden wesentlich zu erweitern. Solche Selbsthilfefaktionen müssen fortgesetzt werden! Durch die Aktion der Hustadt-Studenten, die ihre Wohnungen nicht räumen werden, wird dafür gesorgt, daß die Lage auf dem studentischen Zimmermarkt sich nicht noch weiter verschlechtert.

Unterstützt die Aktion der Hustadt-Studenten!

Tretet dafür ein, daß noch mehr Hustadt-Wohnungen den Studenten zur Verfügung gestellt werden!

Wenn Ihr glaubt, nicht allein leben zu können oder es nicht wollt: Mietet Euch gemeinsam mit Kommilitonen (-innen) eine Wohnung! Bei Beschaffung und Möblierung helfen AstA und Studentenwerk.

Auf jeden Fall: **VERSUCHT, VON ZU HAUSE WEGZUKOMMEN!** R. Z.-E.

Die Oma, der ideale Mieter

Es gibt zwei Sorten Vermieter: Solche, die vor allem Geld sehen wollen, denen es dann egal ist, was in dem Wohnraum, den sie vermieten, geschieht. Sie wohnen meist nicht selbst in dem vermieteten Haus. Ihnen sind Musik, Besuch, Lärm, Kommune, Unverheiratete einerlei. Studenten, Gastarbeiter, Lehrlinge sind willkommen, wenn sie bereit sind für solche „Freiheit“ und spärliche Einrichtung kräftig draufzuzahlen. Dann gibt es aber halbsatursierte Mittelständler, Aufsteiger und Eigentumsfeschichten, denen ihr mit Schweiß erbautes Haus über alles geht. Sie können es sich nicht leisten, nicht zu vermieten, wollen aber in ihrem Spießertum nicht gestört sein. Sie vermieten mit dem Wohnraum ihre Lebensweise: Ruhe, Ordnung, Sauberkeit, Sparsamkeit und andere anale Tugenden.

Sie machen aus ihrem Haus ein Altersheim. Die Oma, die sie suchen, bietet die beste Gewähr für Ruhe, Sparsamkeit mit Strom, Gas und Wasser; Omas leben ohne Besuch, gehen um 10 Uhr allein zu Bett, hören keine laute Musik und mucken nicht auf bei Mieterhöhlungen. Zudem sollte die Oma noch rüstig sein, damit Flur und Fenster geputzt werden.

Wenn man die Wohnungsanzeigen in der WAZ liest, findet man in 5 von 10 den Wunsch nach einer „älteren alleinstehenden Dame“ (oder ähnlich):

Möbl. Zimmer an alleinst. Frau gegen etwas Mithilfe in ruh. Landhaushalt (Nähe Bochum), evtl. mit Beköstigung, abzugeben. Zuschriften unter HE 79 392 an die WAZ Herne

Wohnungen, Leerappartement, Bochum-Allenbochum, 1 Zimmer, Küche, Diele, Dusche, separat, 1. 6., an Dame mittleren Alt., DM 200,— inkl. Heizung.

Abgeschl. 2-Raum-Wohnung mit Dusche, WC, kl. geschl. Glasbalkon, Teppichb., Spüle, Warmwasserbereiter, an alleinst. Dame gegen Mithilfe im Haus zu vermieten. 150 DM Ang. BX 8203 WAZ Bochum

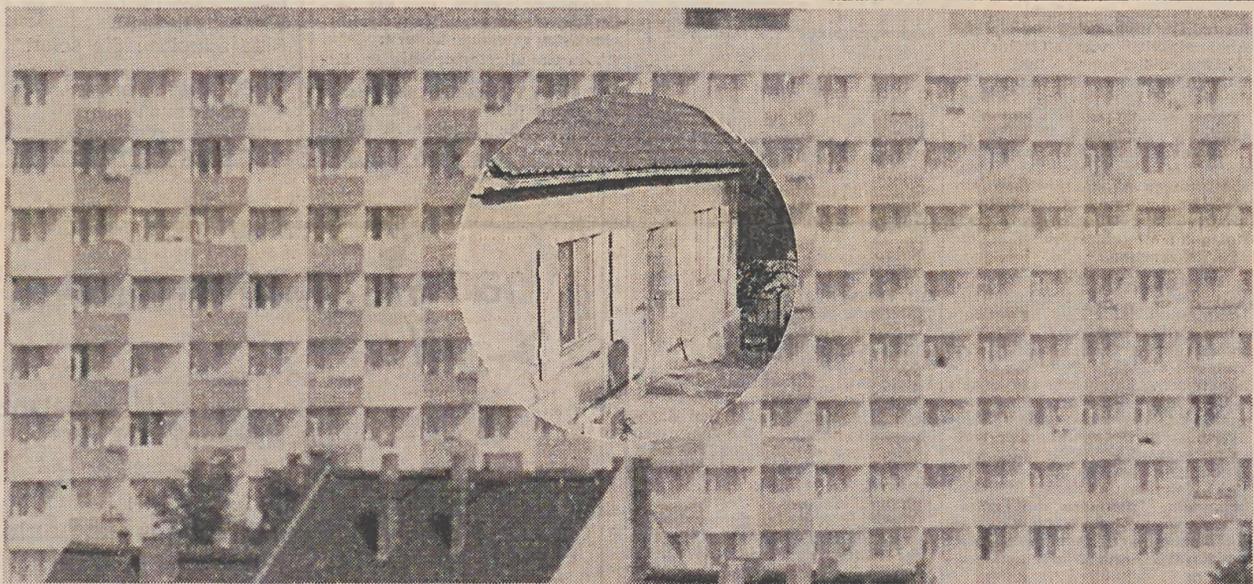
Einzelzimmer mit Bad, sep. Eingang, in Watt-Eppendorf an alleinst. ältere Dame gegen Mithilfe im Haus zu vermieten. Ang. u. BX 51 587. WAZ Bochum

2-Zimmer-Wohnung, Altbau, zum 1. 6. 1971 an alleinst. Frau zu vermieten, die Urlaubsaushilfe im Haushalt übernimmt. Zuschr. u. BX 8195 WAZ Bochum

2 Zimmer, Kochn., Du., Bad, Nachtspeicherheizung, ca. 33 qm, 225 DM, in Wattenscheid an Dame oder Ehepaar mittl. Alters zu verm. Immo. Werke KG, RDM, Tel. Essen Nr. 23 55 10

Da es soviel Omas gar nicht gibt (dieselbe Anzeige kann man z. T. 8 Wochen lang jeden 2. Tag in der WAZ lesen), ringen sich manche Vermieter durch und greifen auf Studenten zurück; denn die gibt's genug.

Aber man beugt vor. Ruhig muß der Student mindestens sein. Meist aber noch mehr. Auf den Karten des Studentenwerks (Wohnungsvermittlung, Bar. 1) findet man unter der Rubrik „Bemerkungen“: „Keine Besuche erwünscht“, „Wert gelegt auf Sauberkeit, Ehrlichkeit, Korrektheit“, „Wochenendfahrer“ (damit man sonntags unter sich ist), „Nichtraucher“, „keine Damen- (bzw. Herren)besuche“, „unbedingte Ruhe erforderlich“ und vieles mehr. Da Studenten angesichts der Wohnungsnot auf solche Zimmer und solche Vermieter angewiesen sind, müßt Ihr Euch über Eure Rechte im klaren sein.



Noch einmal: Permanente Zwischenprüfung

In der letzten BSZ erschien ein Artikel von rze über die Diplompriifungsordnung der Abteilung Chemie, der das verschulte Studium, den überhöhten Leistungsdruck und die enormen Prüfungsanforderungen verurteilte.

Der Fachschaftsrat Chemie kritisierte an dem Artikel, daß auf Grund falscher Vorstellungen über das Chemiestudium und falscher Interpretationen der Aussagen der Fachschaft ein unrichtiges Bild über die Prüfungen in der Chemie und über die Meinungen in der Fachschaft abgedruckt wurde. „Auch die Fachschaft will einige

Punkte der Prüfungsordnung ändern.“ „Die Kritik am reglementierten Studium ist nach Ansicht der Fachschaft unzutreffend, da ein Grundwissen notwendig ist und eine vernünftige Koppelung von Praktika und Vorlesungen nur in dieser Form durchgeführt werden kann.“

Auf Grund dieses Artikels diskutierte der Prüfungsordnung mit Renate Zimmermann-Eisel, die diese Ordnung in der Universitätskommission für Lehre

„Die Aufspaltung des Vordiploms als permanente Zwischenprüfung zu bezeichnen, geht an der Absicht des Entwurfs vorbei.“ Dies als einige Kernsätze aus der Stellungnahme des Fachschaftsrats, die leider aus Platzgründen nicht in der BSZ abgedruckt werden konnte, die aber in der Abteilung

der Fachschaftsrat Chemie die Frage der Prüfungsordnung mit Renate Zimmermann-Eisel, die diese Ordnung in abgelehnt hatte.

Chemie verbreitet werden wird. Doch gerade am letzten Zitat zeigt sich die Gefahr, daß Ordnungen, denen die Studenten als Kompromißlösung zustimmen, von denen, die diese Ordnungen anwenden (Professoren als Prüfer), in deren Sinn als Reglementierungsinstrument gebraucht werden.

Projektbereich Soziales im vds

Am 15./16. Mai tagte in Bonn der neue eingerichtete VDS-Projektbereich Soziales zum ersten Male. Anwesend waren etwa 30 Sozialreferenten bzw. im Sozialreferat arbeitende Studenten von Unis, PHs, THs, HFes. Die wichtigsten Punkte der Tagesordnung waren das BAFÖG, das Problem der studentischen Krankenversicherung, Wohnprobleme, zukünftige Arbeit des Projektbereiches, Bildungsplan.

Da die Diskussion über das BAFÖG sich den ganzen Samstag und Sonntagmorgen hinzog, konnten die übrigen Punkte inhaltlich nur kurz angeschnitten werden. Umstritten waren bei der BAFÖG-Diskussion sowohl die Forderung nach familienunabhängiger Förderung als auch die pol. Einschätzung.

Die große Mehrheit der Anwesenden unterstützte jedoch die Forderung nach Familienunabhängigkeit, denn 1. wird die vom Studenten an der Uni geleistete Arbeit größtenteils gesellschaftlich verwertet, 2. bedeutet Familienunabhängigkeit einen Schritt zur Emanzipation, 3. ist die Einkommens- und Vermögensberechnung eine zweifelhafte Angelegenheit: Wie die Erfahrung mit Honoff zeigt können Großverdiener durch geschickte Bilanzierung für ihre Kinder Förderung verlangen. In der politischen Einschätzung vertrat die Uni Tübingen die Ansicht, das BAFÖG sei vor allem eine „soziale Demontage“. Kurzfristig stimmt das zwar (finanzielle Verschlechterung), langfristig hat das BAFÖG, jedoch sicher die Funktion, mehr qualifizierte Arbeitskräfte aus der Arbeiterklasse zu rekrutieren. Längerfristig werden die Unis Bonn, Bochum, Köln und die NRW-Sozialreferenten am BAFÖG arbeiten. Zum TOP DSKV wird im SS noch eine Schulung des Projektbereiches veranstaltet, die von den Unis Karlsruhe, Heidelberg und Tübingen vorbereitet wird. Zum Thema Wohnen hat sich in Hohenheim eine Projektgruppe gebildet, die vorerst Koordinierungsfunktionen wahrnehmen will, später eigene Untersuchungen zum Wohnproblem anfertigt. Projektiert wurden außerdem Schulungen zur „Sozialstaatlichkeit“ der BRD und zum „Bildungsgesamtplan“. Ende Juni wird in Bonn eine größere Veranstaltung zum BAFÖG stattfinden (Demonstration, Arbeitskonferenz) auf die die einzelnen Unis hinarbeiten (vgl. AstA-Flugblätter, teaching).

Die langfristige Arbeit an Projekten wie „Wohnen“, „Krankenversicherung“, „Ausbildungsförderung“ kann die Aktionen am einzelnen Hochschulort gut unterstützen und Fehler vermeiden helfen. So ist der Zusammenbruch des Mietstreiks im Thaddenheim sicher auf die ungenügende Kenntnis über die Durchführung, über Rechtsfragen und Organisation zurückzuführen. Der Abbruch hätte möglicherweise verhindert werden können, wenn Streiks wie im Sigmundshof in Berlin, in Aachen und Hamburg aufgearbeitet worden wären, um Lehren daraus zu ziehen.

Die Projektgruppen, die den PB Soziales eingerichtet hat, dürfen sich deshalb nicht als akademische Debattierzirkel verstehen, sondern als Lieferanten von Analysen und Informationen, die Erfahrungen vom und Anleitungen zum praktischen politischen Handeln geben.

Die Einrichtung des PB „Soziales“ im VDS sehr nützlich ist.

Die langfristige Arbeit an Projekten wie „Wohnen“, „Krankenversicherung“, „Ausbildungsförderung“ kann die Aktionen am einzelnen Hochschulort gut unterstützen und Fehler vermeiden helfen. So ist der Zusammenbruch des Mietstreiks im Thaddenheim sicher auf die ungenügende Kenntnis über die Durchführung, über Rechtsfragen und Organisation zurückzuführen. Der Abbruch hätte möglicherweise verhindert werden können, wenn Streiks wie im Sigmundshof in Berlin, in Aachen und Hamburg aufgearbeitet worden wären, um Lehren daraus zu ziehen.

Insgesamt hat sich erwiesen, daß

BEFRAGUNG

Die Studienreformkommission der Rechtswissenschaftlichen Abteilung hat ein wohl bislang einmaliges Experiment gestartet:

Alle Absolventen des 1. Juristischen Staatsexamens der letzten Jahre aus ganz NRW sollen einen Fragebogen über ihre Prüfungserfahrungen beantworten. Das gewonnene empirische Material soll dazu dienen, die bei den Juristen besonders überfällige Prüfungsreform voranzutreiben. Obwohl schon jetzt feststeht, daß wohl kaum solche fortschrittliche Forderungen erhoben werden wie im letzten BSZ-Artikel, wird diese Befragung doch hoffentlich dazu beitragen, neue Prüfungsmodelle durchzusetzen.

Verantwortlich für diese Seite: Erich Eisel — SHB

In der nächsten BSZ: ● **Ausbildungsförderung**

Die 10 Gebote

oder: Wie bestehe ich meine Prüfung

ich bin der herr, dein prüfer. du sollst keine anderen gedanken haben als ich.

du sollst die kompetenz deines prüfers nicht in Frage stellen, denn er wird den nicht ungestraft lassen, der ihm nicht die füße küßt.

du sollst die prüfung heiligen und angst haben.

du sollst prüfer, beisitzer und protokollant ehren, auf daß es dir wohl ergehe in der prüfung und du schnell nach oben kriegst.

du sollst nicht denken.

du sollst nicht unterbrechen.

du sollst nicht staunen ob deiner note.

du sollst nicht widersprechen und argumentieren.

du sollst nicht aufbegehren wider deines prüfers gutdünken.

ENTRECHTET

Es klingt ein wenig übertrieben, wenn ein Artikel über die „Rechte“ eines Untermieters geschrieben wird. Trotz dessen quasi Rechtlosigkeit — die sich am deutlichsten in der offen praktizierten Ausbeutung ausländischer Arbeitnehmer zeigt — sollen kurz einige wichtige Punkte angeführt werden:

● **MIETVERTRAG:** Die meisten Buden werden ohne schriftlichen Mietvertrag vermietet. Das heißt auf der einen Seite, daß der Untermieter keine besonderen Verpflichtungen gegenüber dem Vermieter übernimmt; auf der anderen Seite kennzeichnet dies das mehr als lockere Rechtsverhältnis, was bei den folgenden Punkten deutlich wird.

● **MIETE:** Bei der längeren Vermietung möblierter Zimmer ist es üblich, halbjährlich die Miete um 5 bis 10 DM anzuheben. Hiergegen ist — bis auf Exzesse — keine Maßnahme möglich.

● **KÜNDIGUNG:** Das Mietverhältnis bei möblierten Zimmern ist jeweils bis zum 15. eines Monats zum Monatsende kündbar. Da hier eine Kündigung ohne Angabe von Gründen erfolgen kann, darf man also all seine „Rechte“ nur bis zum nächsten „1.“ wahrnehmen. Es empfiehlt sich, schriftlich die Bude für einen bestimmten Zeitraum zu mieten, dann wird der Rausschmiß schwieriger.

● **BESUCH:** Wenn die Freundin oder der Freund des Untermieters (-in) über Nacht bleibt, ist das KEINE Kuppelei (mehr). Derartige Bedenken der Vermieter kann man mit mehreren ablehnenden Gerichtsurteilen zerstreuen. Wenn die moralischen Bedenken aber trotzdem bestehen bleiben, kann man a) selbst gehen; b) gegangen werden; c) keusch leben.

● **BEDINGUNGEN:** Auf Bedingungen der Vermieter wie Besuchs- oder Übernachtungsverbot, Nachhilfe für Kinder, Hausarbeit, Wochenendfahrer... braucht man juristisch nicht einzugehen. Faktisch ist man jedoch an deren Forderungen gebunden, denn bei der in Bochum bestehenden Zimmernot bliebe höchstens ein Kellerloch in Linden oder Gerthe unvermietet.

● **RAUSSCHMISS:** Was macht man, wenn die Vermieter erregt z. B. durch verbotenen Geschlechtsverkehr oder laute Musik in den heiligen vier Wänden morgens (manchmal auch nachts!) die „fristlose Kündigung aussprechen“? Diese Maßnahme ist möglich, in der Regel jedoch nur bei Zahlungsverzug.

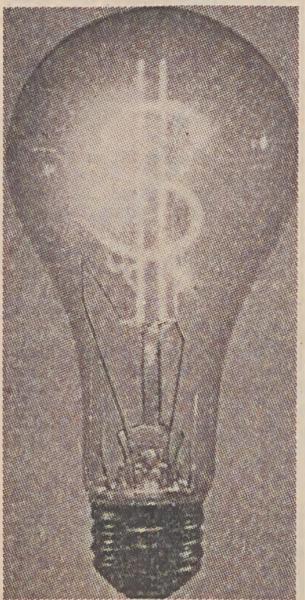
Man muß sich nicht einschüchtern lassen, sondern warten, bis die Vermieter wirklich mit einem Räumungsurteil kommen. Meistens kann man sogar die Kündigung rückgängig machen. Es empfiehlt sich jedoch, solche unerträglichen Mietverhältnisse von sich aus zu beenden.

Seit Anfang dieses Jahres können auch Studentinnen und Studenten Wohngeld bekommen. Im AstA, Zimmer 14, sind kostenlos Informations-Broschüren erhältlich.

Kapitalistische Währungskrise . . .

Wie war es eigentlich dazu gekommen? 5 Wirtschaftswissenschaftliche Institute hatten sich in einer Gemeinschaftsprognose zur konjunkturellen Entwicklung bis Jahresende geäußert. Das 30seitige, am 3. Mai der Bundesregierung übergebene Gutachten empfiehlt gewisse Konjunktursteuerungsmaßnahmen, u. a. auch die Freigabe der Wechselkurse, d. h. die Preise bzw. Austauschrelationen von Währungen sollten sich einpendeln nach Angebot und Nachfrage am Devisenmarkt. Diese Veröffentlichung bewirkte eine Erschütterung des ganzen Weltwährungssystems. Doch zunächst eine kurze Charakterisierung dieses Systems; wie es geplant war und wie es jetzt aussieht, insofern es zum Verständnis der Krise wichtig ist.

Bretton Woods: Konzeption
Die Weltwirtschaftskrise von 1929 steckte dem Weltkapitalismus noch derartig in den Knochen, daß man sich darüber einig war, daß der Goldstandard (d. h.: der umlaufenden Geldmenge entsprach eine Menge gelagerten Goldes in Höhe des Wertes der Geldmenge) endgültig passee war. Der sogenannte „Goldautomatismus“ glich zwar wunderbar die Außenhandelsdefizite aus, scherte sich aber einen Dreck um binnenwirtschaftliche Probleme wie Arbeitslosigkeit etc. Da die herrschende Klasse jedoch erkannt hatte, daß aufgrund langfristiger Effizienzüberlegungen soziale Konflikte möglichst zu vermeiden waren, mußte man sich etwas Neues einfallen lassen. Das



Ergebnis war das Abkommen von Bretton Woods (1944). Dort verpflichteten sich die westlichen Länder zur Einhaltung gewisser Spielregeln. Zunächst sollte der \$ die Funktion einer Leitwährung oder besser eines international anerkannten Zahlungsmittels übernehmen. Zu diesem Zweck verpflichteten sich die verschiedenen Zentralbanken, jede ihr vorgelegte \$-Summe in Landeswährung zu tauschen. Damit nun der \$ eine gewisse feste Grundlage bekam, wurde er mittels eines fixen Goldpreises an eine bestimmte Menge Gold gekettet, und gleichzeitig bekamen die USA die Auflage, jeden von einer Zentralbank dem Federal Reserve System (Zentralbank der USA) präsentierten \$-Betrag in Gold zu tauschen. Die USA sollten damit gehindert sein, unbeschränkt \$-Noten zu drucken;

denn sie mußten darauf sehen, daß die \$-Umlaufmenge sich in derartigen Grenzen hielt, daß diese Umtauschverpflichtung jederzeit erfüllt werden konnte. Hinsichtlich der Wechselkurse hatte man sich geeinigt, die Paritäten oder Währungsaustauschverhältnisse in Beziehung zum \$ zu fixieren. Damit besteht natürlich mittelbar eine Verbindung zum Goldpreis, weil der \$ ja einen fixen Goldpreis hat. Allerdings ist diese Fixierung nicht streng gedacht, sondern: Das Austauschverhältnis einer jeden Währung dieser Länder zum \$ muß sich in der Bandbreite ± 1 Prozent vom vereinbarten Kurs halten. Konkret bedeutet das: Sobald der Gegenwert des \$ am Devisenmarkt auf 3,63 DM absinkt (vereinbarte Parität ist 3,66 DM), muß die Bundesbank an diesem sog. „unteren Interventionspunkt“ auf dem Devisenmarkt als Aufkäufer der angebotenen \$ auftreten, um dadurch den \$ wieder knapp und damit teuer zu machen. Dazu kommt die Regelung, daß man bis zu 20 Prozent (bezogen auf die 1944 vereinbarten Austauschverhältnisse) auf- und abwerten konnte. Das ist bei uns bereits geschehen: 1949 Abwertung von DM = 0,30 \$ auf DM = 0,24 \$, 1961 Aufwertung auf DM = 0,25 \$ 1969 Aufwertung auf DM = 0,27 \$ (nach 4 Wochen frei schwankender Wechselkurse)

Bretton Woods: Verfall
Wie entwickelte sich dieses System weiter? Bereits 1951 brach Kanada die Abmachungen, indem es (bis 1961) die Wechselkurse frei schwanken ließ, ohne an den Interventionspunkten auf dem Devisenmarkt einzugreifen. Ansonsten waren es allerdings hauptsächlich die USA, die die Entwicklung in Richtung Krise steuerten. Anfang der 60er Jahre bekamen die USA nämlich Schwierigkeiten mit ihrer Verpflichtung, \$ gegen Gold zu tauschen; seit zwei Jahren unterbleibt der Umtausch ganz.

Damit war die letzte Barriere gefallen, die die USA noch hätte abhalten können, die \$-Druckmaschinen anlaufen zu lassen. Die USA sind nämlich das einzige Land, daß ausländische Währung bekommen kann, ohne eine entsprechende Ware oder Dienstleistung dafür hergeben zu müssen. Wenn die USA „harte DM“ brauchen, drucken sie \$, das liegt an der Verpflichtung der anderen Zentralbanken, jeden ihr vorgelegten \$-Betrag in eigene Währung zu tauschen. Über diesen Mechanismus läuft auch die importierte Inflation. Um die ständig stärker einströmenden \$-Beträge eintauschen zu können, muß die Bundesbank ihrerseits die DM-Geldmenge erweitern. Um zu fremder Währung zu kommen, müssen die anderen Länder dagegen eine Warenmenge

in Höhe der gewünschten Devisenmenge gegenleisten.

Beispiel:
Will man eine beträchtliche DM-Summe in \$ tauschen, so ist kein Mensch verpflichtet, diese DM in \$ zu tauschen. Habe ich jedoch eine Forderung wegen einer Warenlieferung an einen Amerikaner, so kann ich mir sie in \$ auszahlen lassen.

In concreto war es auf diese Art möglich, einfach durch Druck von \$-Noten und anschließend Umtausch in DM deutsche Industrien aufzukaufen und weiterhin den Vietnamkrieg durch chronische Überausgaben zu finanzieren, weil man ja den dadurch entstehenden Inflationsprozeß auf außenstehende Länder abschieben konnte. Das „zynische“ Wort, daß das Konjunkturgefährd in den europäischen Ländern von den amerikanischen Geldpolitikern in Washington und New York ferngesteuert wird, findet hier seine Bestätigung“. (Frankfurter Rundschau vom 6. 3. 71).

Die Spekulationswelle
Was geschah nach der Veröffentlichung des erwähnten Gutachtens?

Es mehrten sich die Anzeichen dafür, daß die Bundesregierung sich der Empfehlung der 5 Institute anschließen wollte. Beispielsweise empfing Brandt am 4. 5. den Präsidenten des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Poullain, der als Verfechter frei schwebender Wechselkurse gilt. Da eine Freigabe der DM aller Voraussicht nach eine Aufwertung der DM bedeutete, hatten Spekulanten (Bayer-Vorstand: „Die Devisenspekulanten sind wir!“) nichts eiligeres zu tun, als ihre \$-Guthaben in DM (zum alten Kurs) zu tauschen, um die DM hinterher um so teurer wieder zu verkaufen. Dadurch entstand die irre Situation, daß einerseits auf dem Terminmarkt, wo man kurzfristig Währungen ankaufen kann, der \$ plötzlich sehr gefragt war, weil jeder Spekulant sich mit \$ eindeckte, sie dann zum alten Kurs bei der Bundesbank in DM tauschen und sie nach Kursänderung wieder in \$ umtauschen wollte, andererseits aber an der Devisenbörse ein Überangebot an \$ herrschte. Am 5. 5. schließlich weigerte sich die Bundesbank, weiterhin \$ gegen DM zu tauschen; eine Schließung der Devisenbörse bis zum Wochenende wurde verfügt.

Krisenalternativen
Was tun? Diese Frage stellte sich der Bundesregierung. Ein bon mot des oben erwähnten Poullain sagt eigentlich bereits alles: Lieber eine Krise der EWG als eine Stabilitätskrise. Krise also auf jeden Fall! Die drei wesentlichen Aspekte der EWG-Krise waren folgende:
● Eine Freigabe der Wechselkurse würde die angestrebte Währungs-

union infrage stellen. Eine Währungsunion kann nur mit festen Paritäten bestehen; man hatte sich bereits für das EWG-Gebiet geeinigt, die Bandbreite der Wechselkursschwankungen noch weiter einzuzengen.

● Eine Aufwertung wäre nur dem \$ gegenüber gerechtfertigt oder andersherum: Der \$ müßte gegenüber allen Währungen abgewertet werden. Würde nur die DM aufgewertet, stimmte das Austauschverhältnis zu den an den \$ fixierten EWG-Währungen nicht mehr, das (vor einer Aufwertung) nämlich (im Gegensatz zu 1961 und 1969) einigermaßen stimmte.

● Die erst vor einem Vierteljahr festgelegten EWG-Agrarpreise kämen wieder ins Rutschen oder müßten durch irgendwelche Zölle abgesichert werden. Die Stabilitätskrise äußerte sich so:

● Die aus den USA über den \$ importierte Inflation hatte die Preise hier hochgetrieben, so daß jede binnenwirtschaftliche Gegenmaßnahme nahezu wirkungslos wurde.

● Der für eine solche importierte Inflation notwendige \$-Zustrom in die BRD war dadurch begünstigt, daß hier die kurzfristigen Zinssätze bis zu 4 Prozent über denen in den USA liegen; eine Anlage des Geldes hier war also wesentlich attraktiver.

Freigabe der Kurse

Diese Antagonie von binnenwirtschaftlichem und EWG-Interesse veranlaßte die Bundesregierung, zumindest pro forma den Ministerrat der EWG zu konsultieren, der nach fast 21 Stunden Beratung dann eine Erklärung veröffentlichte, in der sinngemäß etwa folgendes stand: Eigentlich sollten Paritätsänderungen nicht sein, aber man hätte Verständnis für die kurzfristige Freigabe der Wechselkurse. Über weitere Maßnahmen bezüglich des Kapitalzuflusses und des Agrarmarktes könne man noch nichts sagen, Grenzausgleich für Agrarprodukte wäre aber zu befürworten.

Der etwas euphemistische Charakter dieser Erklärung läßt sich daraus ersehen, daß augenblicklich zumindest, soweit es Frankreich betrifft, eine handfeste EWG-Krise bevorsteht.

Schließlich gab die Bundesbank am Montag, dem 10. 5., die Kurse frei. Der Aufwertungseffekt belief sich auf 3,7 Prozent, d. h. DM = 0,28 \$. Dazu wurde verfügt, daß Auslands-gelder im Gegenwert von mehr als 50 000 DM nicht mehr verzinst werden dürfen. Damit verbunden war ein Appell an die Sozialpartner, Disziplin zu halten. Bezeichnenderweise wurde dieser Appell von Unternehmerseite etwas einseitig verstanden. Das Handelsblatt schreibt: „Aus diesem Grunde hat der Präsident der BDA, Dr. O. A. Fried-

Ihre Kommilitonen können es bestätigen . . .
Reparaturen an allen Autos
gut schnell preiswert

C. M. Schötteldreier
4630 BOCHUM
Herner Straße 107,
Telefon 1 43 36
Service Verkauf Ersatzteillager
Wir reparieren - und tauschen nicht nur aus!

rich, dem DGB-Vorsitzenden Heinz O. Vetter vorgeschlagen, so bald wie möglich eine Aussprache über einen stabilitätsorientierten Lohnkurs zwischen maßgeblichen, für die Tarifpolitik verantwortlichen Vertretern beider Organisationen durchzuführen.“

Wer zahlt?
Doch wäre zunächst zu klären, wer den Spekulationsgewinn einstreicht bzw. wer ihn bezahlt. Oben wurde bereits gesagt, daß unter anderen als sogenannte „ehrenwerte“ Spekulanten (Süddeutsche Zeitung) auch die Unternehmer tätig sind. Letztere gehen etwa so vor:
Es stehe die Bezahlung von in die USA gelieferten Exportartikeln aus. Die Bezahlung (in \$) würde nach einer Aufwertung aber beim Umtausch weniger DM einbringen als erwartet, weil man für die gleiche Anzahl \$ weniger DM bekommt. Folglich greift man zu folgendem Trick: Man leiht sich irgendwo die später erwartete \$-Summe und tauscht sie (zum alten Kurs) in DM um. Auf diese Weise hat man die Bezahlung in \$ samt ihrem Umtausch in DM vorweggenommen und vor die Aufwertung gezogen. Anschließend bezahlt man dann, wenn die \$-Bezahlung tatsächlich erfolgt, mit dieser Summe den \$-Kredit zurück und hat so nur die Zinskosten für diesen Kredit, andererseits ist die Aufwertung elegant umgangen. Das Wechselkursrisiko, Teil des viel beschworenen Unternehmer-„Risikos“, ist zunächst mal abgewendet.

Wer zahlt nun aber? Der Geprellte ist zunächst einmal die Bundesbank, deren \$-Bestände — in DM gemessen — mit einem Schlag 1,5 Milliarden DM weniger Wert werden. Dies zahlt aber letztlich der Steuerzahler; das Unternehmer-„Risiko“ geht also, zumindest teilweise, auf Kosten der Allgemeinheit.

Fazit:
Fassen wir zusammen:
1. Es gibt eine stillschweigende Übereinkunft zwischen den USA und ihren „Partnern“, daß die „Partner“ die ihnen aufgezwungenen Dollar nicht in Gold eintauschen. Dadurch ermöglichen die „Partner“ eine unbegrenzte Dollarinflation und finanzieren den Vietnamkrieg mit.
2. Deutsche Großindustrien und Großbanken fördern den Prozeß des „Dollar-Imports“ durch Dollar-Einkauf unter Ausnutzung der unterschiedlichen Zinssätze.
3. Um das gesamte Währungssystem nicht zu gefährden (etwa durch eine Abwertung des Dollars), stellte die BRD die angeblich immer wieder so intensiv geförderte wirtschafts- und währungspolitische Einigung in der EWG auf unabsehbare Zeit zurück; d. h. der Einklang der USA-BRD-Interessen genießt allen emotionalen europäischen Beteuerungen zum Trotz nach wie vor Vorrang; eine Lösung von Krisen im System ist nur durch Provokation einer anderen („kleineren“) Krise möglich.

. . . und das Ende der „Inneren Reformen“

Natürlich ist die hochgradige öffentliche Unruhe in der BRD über die kaum noch tragbaren Preissteigerungen nicht nur durch die Mitfinanzierung des Vietnam-Krieges verursacht worden. Es ist ebenso natürlich, daß jede Regierung versucht, solche unangenehmen Entwicklungen auf äußere Einflüsse abzuschieben, wenn sie auch — wie in unserem Fall — einfach von Dollarflut spricht, ohne deren Ursachen (eben die Kriegsfinanzierung) zu nennen. Ein so spektakuläres Vorgehen wie in der vergangenen Woche soll die eigene Verantwortung für interne Entwicklungen verdecken.

Das Erbe der CDU-Regierung
Fast zwanzig Jahre lang — von 1949 bis 1966 — konnte die westdeutsche Wirtschaft florieren, ohne in die im kapitalistischen System sonst stetig wiederkehrenden Krisen zu geraten. Der Wiederaufbau der kriegszerstörten Wirtschaft garantierte Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung bei relativ stabilen Preisen. Eine Zeitlang schien es, als gäbe es den krisenfesten Kapitalismus; in dieser Zeit konnte es sich die Adenauer-Regierung sogar leisten, die KPD zu verbieten, da Sozialismus und Planwirtschaft im Bewußtsein der Arbeiterschaft, der es „besser denn je“ ging, ihre Berechtigung verloren. Diese absolute Steigerung des Lebensstandards verdeckte vollkommen eine Entwicklung, in der sich das Produktivvermögen in der BRD nach und nach zu 70 Prozent in 1,7 Prozent aller Haushalte konzentrierte! Dieses Stadium war erreicht, als 1966 die erste Nachkriegsrezession in der BRD das Ende der „Aera Erhard“ herbeiführte.

Schillers „Stabilisierungen“
Mit dem Eintritt in die Große Koalition anläßlich der Abwirtschaftung des Erhard-Systems übernahm für die SPD Karl Schiller, Alt-Nazi und glühender Verehrer der liberalen Marktwirtschaft, die Verantwortung für die Wirtschaftspolitik. Sein Rezept: Festschreibung des status quo der Vermögensverteilung durch „Globalsteuerung“. Es gelang ihm, über die „Konzertierte Aktion“ den Gewerkschaften eine Stillhalteverpflichtung abzurufen, damit die Wiederankurbelung der Wirtschaft ermöglicht wurde. Investitionsanreize und Gewinnversprechen für die Wirtschaft, die gehalten werden konnten, zeitigten in den Jahren 1968/69 den gewünschten Erfolg. Nach dem „Konzertierten Konzept“ sollten anschließend auch die Arbeiter ein Stück vom großen Kuchen abbekommen. Die Gewerkschaften hatten jedoch zu intensiv mitgespielt und sich auf langfristige Tarifverträge festlegen lassen. Die Arbeiter begannen das Spiel zu durchschauen; es kam zu einer Welle „wilder Streiks“, ausgerechnet kurz vor den Bundestagswahlen.

SPD-Regierung: Reformversprechungen
Dennoch kam eine knappe Parlamentsmehrheit für die derzeitige sozialliberale Regierung zustande. Somit konnte Schiller auch an die Vollendung der ersten „Konzertierten Runde“ gehen, d. h. den Arbeitern den Lohn für ihr vorheriges Stillhalten gewähren. Jetzt sollten nach Schillers Konzept die Unternehmer stillhalten. Es kam, wie es kommen mußte: Natürlich hielten sich die Unternehmer nicht an das Abkommen (die Mechanismen des kapitalistischen Systems

erlaubten das auch gar nicht), sondern gaben die höheren Lohnkosten als Preissteigerungen weiter. Schillers Konzept ging nicht auf, konnte nicht aufgehen; die Betroffenen waren wieder einmal die Lohnabhängigen.

Nun hatte die Regierung bei ihrem Antritt, um sich als Alternative zu 20jähriger CDU-Regierung zu präsentieren, eine Reihe von „Inneren Reformen“ versprochen. Sie wollte die Vermögensverteilung ein wenig zugunsten der Lohnabhängigen verändern, sie wollte durch eine große Bildungsreform das kapitalistische System stabilisieren und wohl auch ein bißchen Bildungschancenungleichheit erreichen. Steuern gerechter verteilen und senken, überhaupt „mehr Demokratie wagen“.

Reform unmöglich
Nachdem die Regierung im Bundeshaushalt 1970 selbst stillgehalten hatte, d. h. die Preissteigerungen im Zuge der versprochenen und mehr als berechtigten Lohn-erhöhungen durch eigene Ausgabenflut nicht noch weiter anheizen durfte, wollte sie nun 1971 endlich an die Verwirklichung ihrer Versprechen gehen. Damit förderte sie nun doch die rapiden Preissteigerungen. Der „Reformeffekt“ der Ausgabensteigerung blieb dabei gering: Die eklatanten Preissteigerungen besonders im Basektor zehrten einen großen Teil der Ausgaben (Schul- und Hochschulbau, Straßenbau, etc.) auf, ohne daß mehr als vorher gebaut wurde.
Bei einer Reform-Konzeption, von der diese Bundesregierung sich leiten läßt, kann eine solche Entwicklung nicht ausbleiben. Diese Regierung läßt Bildungsgesamtpläne erstellen, die wunderschön aussehen, bei ihrer Finanzpolitik aber

in keiner Weise realisierbar sind. Es gibt kein Anzeichen dafür, daß die Regierung echte Reformen will, d. h. Umverteilung der finanziellen Prioritäten. Es ist bezeichnend, daß sich nicht etwa Wissenschaftsminister Leussink, sondern die starken Männer des Kabinetts, Rüstungsminister Schmidt und Verkehrsminister Leber, am meisten gegen die geplanten Sparmaßnahmen Schillers sträuben: sie erhoffen sich den größten Anteil der Ausgabenexpansion. Der Rüstungshaushalt ist nach wie vor achtmal so hoch wie der des Wissenschaftsministeriums, aus dem zudem unter anderem auch Rüstungsforschung bezahlt wird.

Perspektiven
Was ist von dieser Regierung überhaupt noch zu erwarten? Sie ist nicht bereit, auch nur einen Zentimeter vom Weg kapitalistischer Wirtschafts- und Finanzpolitik abzuweichen. Sie setzt keine Finanzprioritäten, die einer Regierung mit auch nur sozialdemokratischem Anspruch gerecht werden könnten. Vorrang hat für sie — nur so kann eine Regierung im Kapitalismus überleben — wirtschaftliche Stabilität. In diesem Fall heißt das, die Preissteigerungen müssen eingedämmt werden. Das bedeutet: restriktive öffentliche Haushalte, Verzicht auf innere Reformen; das bedeutet weiter: Disziplinierung der Lohnabhängigen, deren vorjährige Lohnerhöhungen durch höhere Preise längst aufgezehrt sind, also Verzicht auf Lohnforderungen; das bedeutet wahrscheinlich Gefährdung der Arbeitsplätze. Es ist klar: eine Krise kann im kapitalistischen System nur durch Heraufbeschworung einer anderen beseligt werden. Jede Illusion, daß eine sozialdemokratische Regierung zur

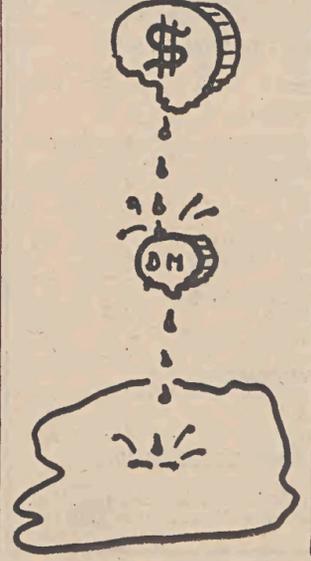
schriftweisen Reformierung des Systems in der Lage wäre, kann getrost aufgegeben werden.

Konsequenzen
Es ist ein großer Vorzug von parlamentarischen Systemen, daß für den Fall der Abwirtschaftung einer Regierungspartei immer eine Oppositionspartei bereitsteht, die den Wählern als Alternative vorgehalten werden kann. Auch in unserem Fall spekulieren die herrschenden Kräfte, Großindustrie und Großbanken, darauf, daß die Lohnabhängigen sich enttäuscht von der SPD abwenden und der CDU/CSU die zur Übernahme der Regierung

notwendigen Wählerstimmen einbringen.

Sie spekulieren darauf, daß die Lohnarbeitenden bereits vergessen haben, wer ihnen die Rezession und massenhafte Arbeitslosigkeit vor gerade fünf Jahren beschert hat. Es war die CDU/CSU, die fast 20 Jahre lang wirtschaftlich von der Hand in den Mund lebte, vom Wiederaufbau-Aufschwung profitierte und darüber jene Struktur-reformen vernachlässigte, die jetzt von der „Reformpartei“ SPD erwartet werden.

Diese CDU/CSU hat gerade erst ihren Scharfmacher Franz-Josef Strauß, der soeben für den Fall einer Machtübernahme seiner Partei militärische Unterstützung für die Apartheidspolitik südafrikanischer Staaten an Ort und Stelle zusagte, zu ihrem wirtschafts- und finanzpolitischen Schattenminister ernannt.
In dieser Situation gibt es für alle demokratischen und sozialistischen Kräfte unseres Staates nur eins: massives Engagement an der Seite der Lohnabhängigen. Nur durch aktives Eintreten für die Belange der Unterdrückten dieses Systems kann das Vordringen der reaktionären Kräfte in Opposition und Regierung verhindert werden. Nur durch massiven Kampf in Gewerkschaften und revolutionäre Parteien an der Seite der Arbeiterklasse kann erreicht werden, daß das unheilvolle Wechselspiel von reaktionären und sogenannten Reformparteien in der Regierung endlich durchbrochen wird. **Erkämpft Euch Eure Rechte selbst! Nur Druck von unten kann die Schein-ausinandersetzungen der Herrschenden auf Kosten der Abhängigen beenden!**



Die Gremienmaschinerie läuft

Eine AStA-Nachlese zu der UP-Wahl

Die Frage der studentischen Beteiligung an dem heute zum ersten Male zusammentretenden 6-Wochen-UP war Ende April von einer Uni-Vollversammlung eindeutig gegen dieses UP entschieden worden. Der AStA hat, unterstützt von SHB, linken Fachschaften und Roten Zellen, diesen Beschluß in der Studentenschaft nach Kräften vertreten. In Fachschaftsversammlungen und Wahlversammlungen hat er seine Haltung zur Gremienpolitik zu vermitteln gesucht und aufgezeigt, wo die Schwerpunkte studentischer Politik — unter Einbeziehung der Gremienarbeit — liegen müssen.

Die Spaltung der studentischen Linken in dieser Frage — Spartakus und FHV waren aus dem AStA ausgetreten, weil sie den Vollversammlungsbeschluß nicht vertreten wollten — erschwerte die Durchführung des Wahlboykotts erheblich. Ein völliger Wahlboykott wäre wohl nur durch das gemeinsame Vorgehen aller linken Gruppen durchführbar gewesen, da nach der Wahlordnung des Staatskommissars in jeder Wahlversammlung mehr Boykottwillige als UP-Befürworter anwesend sein mußten, um den Boykott durchzusetzen.

Wahlkampf mit Illusionen

Den Befürwortern des 6-Wochen-UP, Spartakus, BSU und FHV, kam zugute, daß in der studentischen Öffentlichkeit noch nicht genügend vermittelt ist, wie gering unsere Einflußmöglichkeiten auf Entscheidungen des Staates über Gremienarbeit überhaupt, ganz besonders aber im konkreten Fall dieses 6-Wochen-UP sind; daß die konkrete Funktion des UP überhaupt vielen Studenten noch nicht klar ist.

So konnten Spartakus & Co. manche Wahlversammlung für sich und damit für das UP gewinnen, indem sie den Studenten glaubhaft versicherten, — mit Beschlüssen dieses UP könne man die Anwendung der staatlichen Formierungspläne auf die RUB verhindern; — Beschlüsse des UP würden die Träume von progressiven Studien- und Prüfungsordnungen Wirklichkeit werden lassen;

— das Inkrafttreten progressiver Abteilungsatzungen sei beinahe nur noch eine Frage von wenigen Wochen, wenn das UP erst einmal da sei; — die Wahl eines progressiven Rektors und daraus folgend die demokratische Erneuerung der RUB seien so sicher, daß sich jede Diskussion darüber von vornherein erübrige.

Mit Speck fängt man Mäuse — das haben Spartakus, BSU und FHV nach Kräften versucht. Dabei sind Spartakus und FHV auch von dem ehemals gemeinsamen Konzept der AStA-Arbeit, nämlich der größtmöglichen Aufklärung der Hochschulformierung und die Möglichkeiten von Gremienpolitik, aus rein taktischen Gründen abgefallen.

AStA klärt auf

Es ist klar, daß AStA und SHB, diesmal unterstützt von den Roten Zellen und KSB/ML, einen schweren Stand hatten, besonders in den Abteilungen, wo die Studenten bisher mit konkreten Problemen der Gremienarbeit nicht konfrontiert worden sind oder diese Probleme nicht gesehen haben.

Es ist schwer, den meisten Studenten gegen die demagogische Argumentation des Spartakus und seiner Bündnispartner klarzumachen, — daß das UP für Studenten und Assistenten nur dann einen — sehr begrenzten — Sinn hat, wenn es für diese Gruppen unmittelbare wichtige positive Beschlüsse faßt und daß die Voraussetzungen dafür in diesem 6-Wochen-UP fehlen;

— daß das UP nicht das Instrument ist, mit dem die Anwendung von Formierungsmaßnahmen verhindert werden kann, sondern daß AStA, Fachschaften, Projektbereiche und andere Basisorganisationen die Kampfinstrumente der Studenten sind;

— daß es nicht im Kompetenzbereich des UP liegt, progressive Studien- und Prüfungsordnungen zu verwirklichen, weil das Ministerium das entscheidende Wort spricht, sondern daß solche Ordnungen in der konkreten Auseinandersetzung in den Abteilungen

durchgesetzt und dann auch selbst verteidigt werden müssen; — daß das UP in puncto Abteilungsatzungen allenfalls moralischen Druck ausüben kann; auch hier müssen die Entscheidungen in den Abteilungen durchgesetzt werden — Fristen zur Einreichung von Abteilungsatzungen hat das UP schon mehrfach erfolglos gefaßt, und das Setzen einer Frist macht noch keine progressive Satzung;

— daß die Wahl eines progressiven Assistenten zum Rektor, für die der AStA eintritt, durchaus keine Selbstverständlichkeit ist — vielleicht verzichtet Spartakus gerade deshalb auf die Forderung nach einem assistentischen Rektor. Das UP und die studentische Beteiligung daran ist eo ipso keine Machtposition für die Studenten. Es erhält seine Funktion für Studenten und Assistenten erst dann, wenn in der Studentenschaft bzw. Assistentenschaft die Voraussetzungen für eine positive Ausnutzung dieses Gremiums geschaffen sind.

Die Position ist schwieriger zu vermitteln als die Illusion, das UP sei ein Tischlein-Deck-Dich, insbesondere, weil wir an die Studenten mehr Forderungen richten, als nur einen Stimmzettel abzugeben; wir weisen konkret darauf hin, daß die Durchsetzung studentischer Interessen nur durch die Mitarbeit der Studenten erreicht werden kann. Unsere Politik zielt nicht auf eine Besänftigung der Massen, sondern auf eine Mobilisierung breiter Teile der Studentenschaft. Wessen Interessen vertritt Spartakus?

Unter diesen Bedingungen ist der Ausgang der UP-Wahlen als Erfolg zu werten: in 6 Abteilungen boykottierten die Studenten das 6-Wochen-UP, in 13 Abteilungen wurde gewählt.

Beschluß, sich nicht an den Wahlen zum 6-Wochen-UP zu beteiligen, und beschloß anschließend ausdrücklich, die Wahlversammlung zu schließen. Der studentische Wahlleiter schloß die Wahlversammlung, die Mehrheit der Anwesenden — auch ein Teil der an sich Wahlwilligen — verließ den Raum. Eine entschlossene Minderheit von BSU — Spartakus- und FHV-Vertretern jedoch blieb an Ort und Stelle und führte mit Hilfe des Dekans eine „Wahl“ durch! Auch der hier erkorene Herr Jost (EHV) hat hinsichtlich der merkwürdigen Umstände seiner „Wahl“ keine Skrupel. Angesichts solcher Praktiken stellt sich die Frage, wessen Interessen Spartakus und in seinem Schlepptau FHV eigentlich vertreten. „Uns geht es nicht um irgendwelche Posten“, versicherten Spartakus/FHV in ihrem Wahlauftritt, „sondern allein um die Ausnutzung des UP im Interesse von Assistenten und Studenten.“ Diese Aussage muß nach den jüngsten Erfahrungen mit der politischen Praxis dieser Genossen in Zweifel gezogen werden. Es drängt sich allerdings der Verdacht auf, daß es Spartakus/FHV um nichts anderes als um die Besetzung der UP-Posten geht, wenn sie noch nicht einmal bereit sind, das eindeutige politische Votum einer Wahlversammlung zu akzeptieren.

UP wird sich selbst entlarven

Die UP-Euphorie, die Spartakus, BSU und FHV im UP-Wahlkampf verbreitet haben und der ein Großteil der Fachschaftsvertreter erliegen ist, die sich in dieses 6-Wochen-UP haben wählen lassen, wird bald einer Ernüchterung weichen. Denn für eine erfolgreiche Arbeit dieses UP im Sinne des gemeinsamen Aktionskonzepts von Stu-



Hiermit schätzt sich die Redaktion der BSZ glücklich, ihren Lesern den ursprünglichen Entwurf des Gebäudes IB vorstellen zu können. Die gewählte Form als „Heilige Kuh“ trägt wohl der Tatsache Rechnung, daß Kanzler und Rektor hier residieren sollten. Was den deutlich auszumachenden, wenn auch stark stilisierten oben auf dem Gebäude angebrachten Nürnberger Trichter anbetrifft, so scheint er der Aufnahme von Weisungen zu dienen, die von oben kommen. Schade nur, daß die heutige Form von IB dies alles verschleiert.

Spartakus jedoch versucht durch üble Tricks, dieses Ergebnis zu „korrigieren“:

● In der Abteilung Geowissenschaften trat als einzige Kandidatin Frau Farle (Spartakus) auf. Sie erhielt in allen Wahlgängen ein eindeutiges Votum der Wahlversammlung: mehr Nein- als Ja-Stimmen! Der studentische Wahlleiter teilte dem UP-Vorsitzenden mit, die Studenten der Abteilung hätten keine Vertreter ins UP gewählt. Frau Farle jedoch hat keine Bedenken, sich selbst als studentische UP-Vertreterin der Abteilung Geowissenschaften zu bezeichnen!

● In der Abteilung Geschichtswissenschaften faßte die Wahlversammlung nach längerer Diskussion den

entschieden und Assistenten, das ja auch für die Vertreter der „Linken Einheitsliste“ unter Spartakus und FHV die Grundlage der UP-Arbeit bilden soll, fehlen sämtliche Voraussetzungen, ganz abgesehen von dem 6-Wochen-Zeitdruck, der auch nicht konzipiert war:

— Die assistentische Fraktion ist kein bündnisfähiger Partner auf der Grundlage des gemeinsamen Aktionskonzepts. Nur etwa die Hälfte der Fraktion unterstützt dieses Konzept. Die Ursache für den schlechten Wahlausgang ist zu suchen in der ungenügenden Vermittlung sowohl der Bündnispolitik mit den Studenten generell als auch der Inhalte und Forderungen des Aktionskonzepts.

— die studentische Fraktion wird sich spalten, wenn es um die Verabschiedung von Vorlagen aus den Abteilungen geht. Fast alle anstehenden Prüfungsordnungen und Abteilungsatzungen widersprechen den Forderungen des Aktionskonzepts; die UP-Vertreter sind aber teilweise darauf verpflichtet, ihre Ordnungen bzw. Satzungen durchzusetzen.

Der AStA wird das UP tagen lassen, seine Arbeit beobachten und der studentischen Öffentlichkeit darüber berichten, damit jeder sich ein Bild von den „Erfolgen“ des 6-Wochen-UP machen kann.

Vor allem aber werden wir durch Vermittlung des Gemeinsamen Aktionskonzepts und der darin enthaltenen Aufgaben für alle Fachschaften und jeden Studenten, durch die Weiterführung und Initiierung inhaltlicher Arbeit in Fachschaften, Projektbereichen, Roten Zellen und Abteilungsgruppen den Kampf der Studenten für die Durchsetzung ihrer unmittelbaren Studieninteressen und für eine Mobilisierung breiter Teile der Studentenschaft gegen die staatliche Hochschulpolitik — unter Einbeziehung der Gremienarbeit — weitertreiben!

Ausländische Studenten!

An dieser Universität besteht Studiengeldfreiheit. Damit Ihr aber Eure Semesterbeiträge nicht zu bezahlen braucht, müßt Ihr einen Antrag auf Befreiung stellen. Tut das möglichst sofort im

Akafö, Baracke IV, im Sekretariat oder im Referat für akad. u. student. Angelegenheiten, IB 02/44

Gaststätte und Grillstube

SCHULTE-VELS
Inh. Carl Coss
4630 BOCHUM
Wasserstraße 114, Tel. 55 05 88
Warme und kalte Küche
von 12.00 bis 14.30 Uhr
und von 17.00 bis 23.00 Uhr

KLATSCH IST QUATSCH

das unheimliche treiben der zimmermann-eisel-bande geht weiter: die gemeingefährliche bande soll einen anschlag auf das bsu-hauptquartier vorhaben; aus unterrichteten kreisen verlautete, daß die bande nun endlich den bären entfernen will, den die bsu den studenten immer wieder aufzubinden versucht.

für die g-gebäude will das neue up eine toilettenordnung verabschieden: man soll die toiletten nur benutzen dürfen, wenn man garantieren kann, daß man vermittels mitgebrachter wasserleimer die fäkalien auch wegsputzen kann. aufgrund zu niedrigen wasserdrucks nämlich ist die halbautomatische spülung selbst dazu nicht in der lage, was zu verstopfungen und unmöglichem gestank führt, was alles in allem ein lustvolles scheißen unmöglich macht.

der radikalste lösungsvorschlag dieses problems kam natürlich vom ksb: sich mit einem fadenscheinigen vorwand in die zentren der uni-bürokratie einschmuggeln und den zuständigen herren auf den schreibisch scheißen.

wer vermag der bsu einen tip zu geben, wie sie es schaffen könnte, auch einmal den asta zu stellen. hinweise nimmt liebend gerne entgegen: die redaktion contrapunkt, 463 bochum, voßkuhlstraße 28.

der asta hat schon einen neuen mann in aussicht für den durch fred blechers auszug vakant gewordenen posten eines finanzreferenten: alex möller, in einer ersten stellungnahme konnte letzterer aber „noch nicht genau sagen, ob ich fit bin unter einer chefin wie rz-e zu arbeiten.“

schallplatten kaufen Sie im
MUSIKHAUS KÜHL
Bochum, Kortumstr. 93

Studentische Literatur
KUNST & BÜCHER SCHEUNE
Lennerhofstraße hinter der ASIA-Baracke

Der rub pub sucht:
Bands, Folkloristen, Akteure, Dichter, Sänger, Gitarristen.
Wer Lust hat, im rub pub aufzutreten (gegen Unkostenersatzung), melde sich im AStA, Zi. 14 (Bar. 1).

In der Nähe der Einfahrt zu den G-Gebäuden wird der AStA einen zweiten Tramperbahnhof einrichten.

Der Treffpunkt für in- u. ausländische Studenten im

• PUNKT •

Bochum, Hans-Böckler-Str. 26 · Telefon 1 46 32

Täglich von 14.00 Uhr mittags bis 1.00 Uhr nachts geöffnet / Normale Preise

100 Jahre StGB

Am 15. Mai wurde es 100 Jahre alt, das „Strafgesetzbuch für das deutsche Reich“, die Hure der deutschen Klassenjustiz. Statt euphorischer Lobeshymnen auf eine Gesellschaft, die ein solch reaktionäres Gesetz 100 Jahre lang bestehen läßt, soll dem rechts-gläubigen Leser an Hand des Gesetzeswortlautes ein Einblick auf 100 Jahre Gesinnungsstrafrecht, Polizeistaatsterror und Moralschnüffelei gegeben werden.

- Unabhängig von dem Recht des Tatorts gilt das deutsche Strafrecht bei Verrat eines Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisses eines deutschen Betriebs. (§ 4 — 1971)
- Neben der Todesstrafe kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden. (§ 32 bis 1871)
- Wer auf Angehörige der Bundeswehr oder eines öffentlichen Sicherheitsorgans planmäßig einwirkt, um deren pflichtmäßige Bereitschaft zum Schutze der Sicherheit der BRD oder der verfassungsmäßigen Ordnung zu untergraben, und sich dadurch absichtlich für Bestrebungen gegen den Bestand oder die Sicherheit der BRD oder gegen Verfassungsgrundsätze einzusetzt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren bestraft. (§ 89 — 1971)
- Wer den Kaiser, seinen Landesherren oder während seines Aufenthalts in einem Bundesstaate dessen Landesherren beleidigt, wird mit Festungshaft bis zu 5 Jahren bestraft. (§ 95 — 1871)
- Wer erdichtete oder entstellte Tatsachen, wissend, daß sie erdichtet oder entstellt sind, öffentlich behauptet oder verbreitet, um dadurch Staatseinrichtungen oder Anordnungen der Obrigkeit verächtlich zu machen, wird mit Freiheitsstrafe bis zu 2 Jahren bestraft. (§ 131 — 1971)
- Wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander öffentlich anreizt, wird mit Gefängnis bis zu 2 Jahren bestraft. (§ 130 — 1871)
- Wer aus Eigennutz durch Verschaffung von Gelegenheit der Unzucht Vorschub leistet, wird wegen Kuppelei mit Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren bestraft. (§ 180 — 1971)
- Die widernatürliche Unzucht, welche zwischen Personen männlichen Geschlechts begangen wird, ist mit Gefängnis zu bestrafen. (§ 175 bis 1871)
- Mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren wird bestraft, wer eine geisteskrankes Frauenperson zum aufreihlichen Beischlaf mißbraucht. (§ 176 bis 1871)
- Eine Frau, die ihre Leibesfrucht abtötet oder die Abtötung durch einen anderen zuläßt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren bestraft. (§ 218 — 1971)
- Wer eine minderjährige unverehelichte Frau unter 18 Jahren mit ihrem Willen, jedoch ohne Einwilligung ihrer Eltern entführt, um sie zur Unzucht zu bringen, wird mit Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren bestraft. (§ 236 — 1971)
- Mit Geld oder Haft wird bestraft, wer ohne polizeiliche Erlaubnis eine neue Feuerstätte errichtet. (§ 369 — 1871)
- Mit Geldstrafe bis zu 500 DM wird bestraft: — wer Steine oder andere harte Körper oder Unrat auf Menschen wirft; — wer Getreide oder andere zur Fütterung des Viehes bestimmte oder geeignete Gegenstände wider Willen des Eigentümers wegnimmt, um dessen Vieh damit zu füttern. (§ 366, 370 — 1971)

Wildfremde Männer und Kavaliere

Als Rote-Punkt-Autos Fahrgäste mitnahmen, denen die Bogestra-Preise zu hoch waren, warnten Bürgermeister, Nahverkehrsdirektoren und Polizei Tramper wie Autofahrer vor den Gefahren.

„Freund und Helfer“ Graf von Hardenberg sagte damals in der WAZ: „Abgesehen von der Gefahr der Auffahrunfälle bei (meist Halteverbot) haltenden Fahrzeugen: welcher Autobesitzer weiß schon, wen er da aus Gefälligkeit mitnimmt? Und welcher Fahrgast weiß, zu wem er in den Wagen steigt? Gerade junge Mädchen sollten dreimal überlegen, ehe sie sich einem wildfremden Mann anvertrauen. Hinzu kommt, daß die wenigsten Fahrzeughalter eine Inassen-Versicherung abgeschlossen haben. Bei Unfällen muß der verletzte „Fahrgast“ sich dann an den Fahrzeughalter halten.“

Die sonst hier so auf Recht und Ordnung bedachte Bild-Zeitung verwarf am 10. 5. 71 alle diese so vorsorglich mahnenden und vertraulich bittenden Ratschläge der Polizei und jubelte: „Da winkte einer der Straßenbahn-, Geschädigten“ zaghaft den vorüberausenden Autos — und sofort stoppte ein Fahrzeug. Andere folgten spontan diesem Beispiel, ließen die Stra-

ßenbahn-Fahrgäste in ihre Autos einsteigen und fuhren sie zum Teil bis an ihren Arbeitsplatz. Eine Verkäuferin: „Die Hilfsbereitschaft war überwältigend. Dutzende von Autos stoppten.“ Stadt Vater Pepper, der durch einen Anruf von der Hilfsaktion erfahren hat: „Ich bin überrascht und gerührt. Man kann stolz sein auf den Gemeinsinn unserer Autofahrer.“

Was war geschehen? Eine Straßenbahn war in Augsburg mit Motorschaden stehen geblieben, die Leute standen auf der Straße, guckten blöd und wußten nicht, was sie tun sollten, bis einer anfang zu trampeln ... und schon hat die Bild-Zeitung ihre „Kavaliere am Steuer, die unerwarteten Gemeinsinn bewiesen.“

Bisheriges Fazit der Roten-Punkt-Aktion: Prozesse!
Fazit der Bild-Story: „Jetzt bittet der Oberbürgermeister die freundlichen Autofahrer, sich bei ihm zu melden. Denn er will sie alle in einigen Tagen im Rathaus empfangen, um ihnen öffentlich seine Anerkennung auszusprechen.“

INSTITUT FÜR KONTAKTLINSEN
trispheer
BRILLEN **Hagemann**
SÜDRING 20
Kleinstlinen angenehm zu tragen unsichtbar · unzerbrechlich
Herausgeber und Verleger: Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität (Renate Zimmermann-Eisel, Rainer Stollmann, Manfred Buhl.)
Redaktion: Reinhard Greeven, Axel Jost, Anschrift: 463 Bochum, Lennerhofstraße 66 (Ruhr-Universität)
Auflage: 10000 Exemplare
Anzeigenleitung: Erich Eisel
Druck: Schürmann & Klaggas, 463 Bochum, Hans-Böckler-Straße 12-16
Mit Namen oder Pseudonym gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Alle Rechte beim Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität, 463 Bochum, Lennerhofstraße 66, Tel. 51 18 55 u. 399 24 16.

Club Liberitas
BOCHUM - NORDRING 65 - TELEFON 1 67 35

	Nicht-mitgl.	Stud.
Mi 19. 5. 71 20.00 Uhr	CHAMPION JACK DUPREE, New Orleans Authentischer Blues der 30er Jahre	8,— 6,—
Fr 21. 5. 71 20.00 Uhr	NEW JAZZ FOUR, Dortmund Free Jazz	4,— 2,50
Sa 22. 5. 71 20.00 Uhr	BRIGITTE LEBAAAN und ALFONS NOWACKI Chansons, Morliaten, Balladen von Brecht, Prévert, Grabhoff, Tucholsky und Friederike Kempner	5,— 3,—
Fr 28. 5. 71 20.00 Uhr	CLAUDI'S SOUL FOUR, Düsseldorf Pop Jazz, Rhythm & Blues	4,— 2,50
Sa 29. 5. 71 20.00 Uhr	ULRICH ROSKI, Berlin Lieder zur Gitarre	4,— 2,50
Fr 4. 6. 71 20.00 Uhr	FREE JAZZ GROUP WIESBADEN Free Jazz	4,— 2,50
Sa 5. 6. 71 20.00 Uhr	EVA-MARIA WESSELS Internationale Folklore	4,— 2,50

Mittwochs von 17.00 bis 19.00 Uhr KOSTENLOSE BERATUNG FÜR WEHRUNWILLIGE
Der Club Liberitas ist täglich ab 19.00 Uhr für jedermann geöffnet. Öffnungszeiten der Galerie SPEKTRUM: täglich von 15.00 bis 19.00 Uhr.